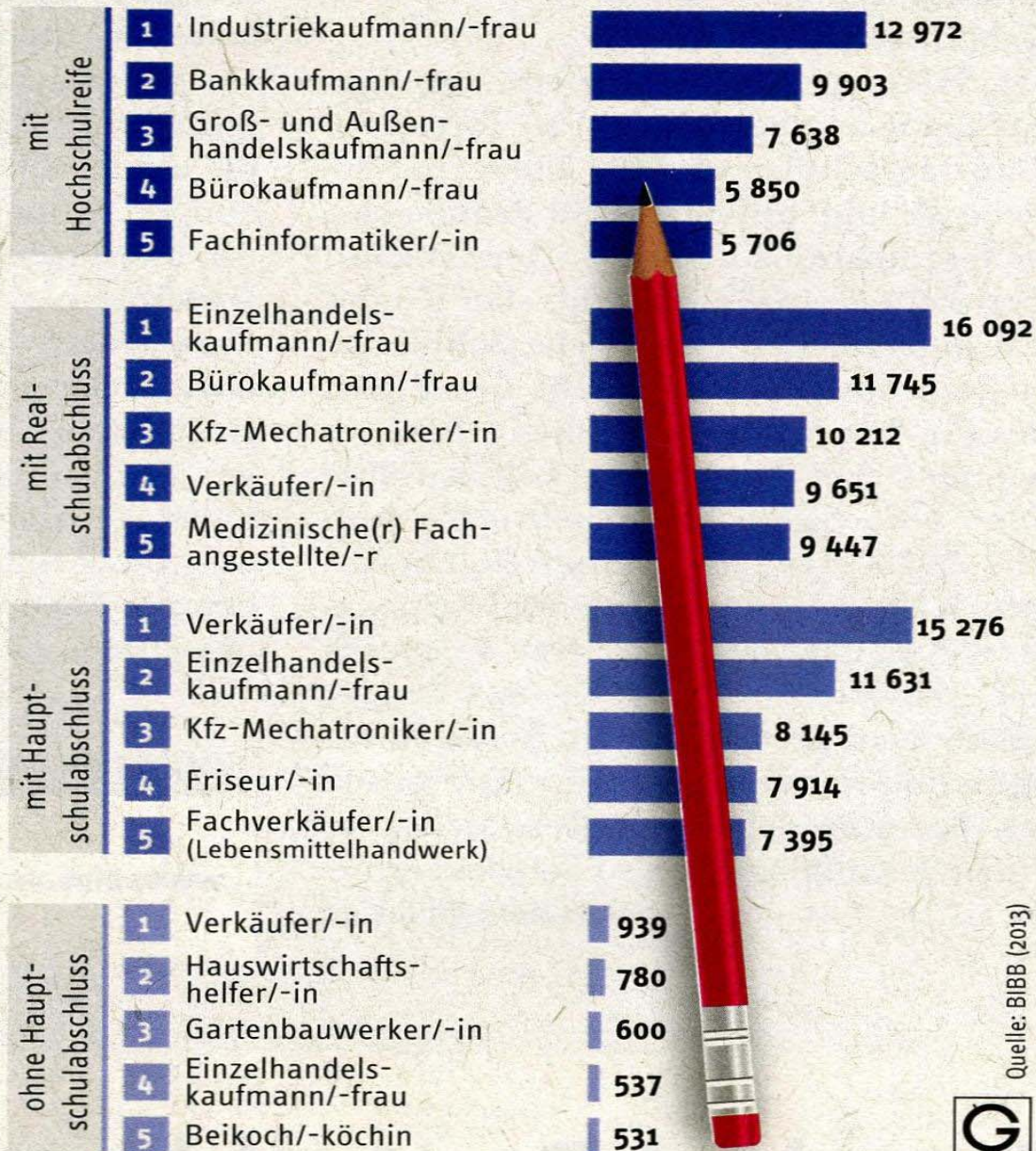


## Schulabschluss und Lehrberuf

Die fünf am stärksten besetzten Ausbildungsberufe  
(Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2011)



Quelle: BIBB (2013)

# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Viel wird aber auch davon abhängen, wie sich DGB und GEW mit ihren Vorstellungen und Forderungen in die Koalitionsgespräche und –vereinbarungen einbringen können.

Darüber hinaus wird es aber – wie schon in der Vergangenheit – auch in der Zukunft darum gehen, aus den Kollegien heraus begründete Forderungen zu entwickeln und an die Kultusbürokratie heranzutragen. Die GEW und auch der mit der Mehrheit von GEW-Sitzen ausgestattete Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer werden dabei – wie in den vergangenen Jahren auch – tatkräftig Unterstützung leisten. Dass solche Aktivitäten durchaus ihre Wirkungen haben wird auch in diesem Heft an vielen Stellen deutlich. Wer sich nicht wehrt, hat schon verloren.

Wir hoffen, dass auch diese Ausgabe Euer Interesse findet. Wenn nicht, dann meldet uns es, wenn ja, dann meldet es auch.

In diesem Sinne grüßt Euch Euer

Dieter Freid

## INHALTSVERZEICHNIS

Auferstehung eines Testwagens	3
news	4
EIBE-Maßnahmen	6
Neue Publikationen	8
Neue Ausbildungsberufe	9
Zum Elend des Politischen Unterrichts Teil 3	10
Ab heute leben wir auf Pump	10
Marburger Produktionsschule	12
SBS- Selbstständige Schule	14
Berufsorientierung	16
hprll-intern	18
Kompetenzorientiert unterrichten	19
Das Land des Lächelns	21
Hessencampus	22
HC aus Sicht einer Betroffenen der ersten Stunde	24
Der berufliche Unterricht hat begonnen	26
Ausbildungsgarantie	28
Gehen oder Bleiben	30
Impressum	31
Das Wissen wandert mit ein	31
Hymnus auf die Bankiers	32

Wieder mal hessische (Wahl-)Verhältnisse. Mehrere Konstellationen sind denkbar, viel wurde darüber geschrieben und noch mehr diskutiert. Unklarheit herrscht, zumindest noch bei Redaktionsschluss. Unklarheit gibt es aber auch darüber, wie es in den nächsten Jahren weiter geht mit Bildung, Beruflicher Bildung und Beruflichen Schulen. Selbstständige Schule, Mittelstufenschule, Gestufte Berufsfachschule, Assistentenausbildung, Übergangssystem, Produktionsschule, HESSENCAMPUS oder auch die allgemein bildenden Fächer in der Berufsschule sind die Baustellen, die in unserem Bereich bearbeitet werden müssen, nicht zu vergessen der gravierende Mangel an Nachwuchs-Lehrkräften. Ausgang und Perspektive sind derzeit völlig offen.

Viel wird neben den Parteienkonstellationen davon abhängen, wer neue Kultusministerin oder neuer Kultusminister sein wird. Die derzeitige Kultusministerin Frau Beer wird es auf keinen Fall mehr sein.

**Lehre mich, nachdenklich, aber auch grüblerisch, hilfreich, aber nicht rechthaberisch zu sein. Lehre mich, an anderen Menschen unerwartete Fähigkeiten zu entdecken und verleihe mir die Gabe, diese auch zu erwähnen.**

**Gib mir die Einsicht, dass ich mich auch irren kann. Lehre mich, ein Wort des Dankes zu sagen, auch wenn es sich vielleicht nur um belanglose Dinge handelt.**

*(Gebet Theresa von Aula, spanische Ordensfrau 1515 – 82)*



# AUFERSTEHUNG EINES TESTWAGENS

Mitte Februar bekam die Erasmus-Kittler-Schule in Darmstadt von Skoda einen zerlegten Testwagen zur Verfügung gestellt. Gut 100 000 Kilometer hatte der Skoda-„Superb“ in einem Jahr bei Testfahrten zurückgelegt. Eine deutsche Fachzeitschrift hatte den Süperb im Langstreckentest auf Herz und Nieren geprüft. Anschließend wurde das Fahrzeug im Skoda-Werk



Auszubildende im 3. Ausbildungsjahr Kfz-Mechatroniker der Erasmus-Kittler-Schule



war dies ein Glücksfall. Denn ihre Aufgabe war es nun, mit Hilfe zweier Lehrer, das Ganze wieder zu einem fahrtüchtigen Auto zusammenzusetzen. Vier Monate und 60 Arbeitsstunden in der Freizeit waren dafür nötig.

im tschechischen Mlada Boleslav auseinandergenommen, Teil für Teil auf Verschleiß kontrolliert und dann auf die Reise nach Darmstadt geschickt. Von der einstigen Pracht waren allerdings nur ein ausgehöhltes Chassis und eine Kiste voller Schrauben und Getriebeteile übrig geblieben. Für fünf

le-Arbeit. Zunächst mussten die ganzen Schrauben sortiert werden. Die lagen ja alle durcheinander in der Kiste und keiner wusste, wo was hingehört. Anhand von sogenannten Explosionszeichnungen und mit Hilfe des Ersatzteilkatalogs wurden

die Teile ihrer ursprünglichen Funktion zugeordnet und auf einem Tisch ausgebreitet. Nach einem Tag war die Sortierarbeit beendet.



Immer dienstags nach der Schule trafen sich die fünf Schüler mit ihren Lehrern, um weiter an dem Wagen zu basteln. Dabei war oft Improvisa-

tionstalent gefragt. Während des Schraubens stellte die Gruppe außerdem fest, dass Teile fehlten. Die mussten dann beim Händler nach bestellt werden. Zwar konnten viele Arbeitsschritte von den Schülern relativ schnell erledigt werden, doch es gab auch Bereiche, in denen es wirklich knifflig wurde, so z. B. beim Zusammensetzen des Getriebes. Da gab es keine Anleitung, keine Unterlagen. Das musste einfach ausprobiert werden.

Überhaupt beinhaltete das ungewöhnliche Schulprojekt viele Arbeiten, zu denen die Schüler in ihren Ausbildungsbetrieben nicht so oft Gelegenheit bekommen, denn in der Praxis kommt es nur sehr selten vor, dass ein ganzer Motor wieder zusammengebaut werden muss. In der Regel wird bei einem defekten Motor das Aggregat einfach gegen ein Neues ausgetauscht.



Aber nicht nur die Schüler, auch die Lehrer verbuchten einen Lernerfolg bei der Umsetzung des Projekts, denn so etwas hatten sie in der Bandbreite vorher auch noch nie gemacht.

Insgesamt 60 Arbeitsstunden, von Mitte Februar bis Mitte Juni, haben alle Beteiligten in die Schraub-Aktion investiert. Dann war das Auto wieder funktionsfähig.

## Revision an hessischen Schulen

Im letzten *iNSIDER* wurde die Kleine Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Revision an hessischen Schulen (DS 18/7536) veröffentlicht. Es handelte sich dabei um eine unangemeldete Revision an der Philipp-Holzmann-Schule in Ffm. Inzwischen liegt mit Datum 22.07.2013 die Antwort der Kultusministerin vor. Wie meistens bei Anfragen aus der Opposition ist die Antwort langatmig, umständlich, wenig aussagefähig und in manchen Teilen sybillinisch. Oder wie soll man z.B. folgende Antwort auf die Frage 8 deuten: Wie viele Schulen wurden in der laufenden Legislaturperiode einer Revision unterzogen? Antwort: „Seit Einführung der Innenrevision Ende des Jahres 2011 wurden insgesamt 16 Revisionen durchgeführt. Hier von waren vier Prüfungen Sonderprüfungen außerhalb des Regelprüfungsplans. Drei dieser Sonderprüfungen wurden unangekündigt durchgeführt. Im Rahmen aller 16 Revisionen wurden Prüfungshandlungen in 25 hessischen Schulen durchgeführt.“

**Die komplette Antwort ist bei der Redaktion erhältlich.**

## Neuordnung Büroberuf

Der Hauptausschuss des BIBB hat der neuen Ausbildungsordnung zum Kaufmann/zur Kauffrau für Büromanagement zugestimmt. Dieser neue Ausbildungsberuf tritt somit zum 1. August 2014 in Kraft. Die neue Ausbil-

dungsordnung fasst die drei bisherigen Ausbildungsberufe Bürokaufleute sowie Kaufleute und Fachangestellte für Bürokommunikation zusammen und schafft damit eine gemeinsame Ausbildungsgrundlage für Industrie, Handel, Dienstleistung, Handwerk und Öffentlichen Dienst. In den drei bisherigen Berufen sind derzeit knapp 84.000 Ausbildungsverhältnisse registriert, einer der größten Bereiche der dualen Berufsausbildung.

Weitere Infos zum neuen Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“ unter <http://www.bibb.de/de/60841.htm>. Die wichtigsten Infos wurden in „beruf kompakt“ zusammengefasst und eine Musterpräsentation bereitgestellt. HIER: <http://wap.igmetall.de/wap/ausbildungsberufe-im-ueberblick-5152-7751.htm>

## Einfluss der Wirtschaft an Schulen

LobbyControl hat ein Diskussionspapier über Lobbyismus an Schulen veröffentlicht. Darin legt der Verein für Transparenz und Demokratie die Methoden und Motive von Lobbyisten offen und benennt die Gefahren der Einflussnahme. Parallel fordert LobbyControl die BildungsministerInnen in einem offenen Brief dazu auf, dem zunehmenden Lobbyismus an Schulen entgegenzuwirken. Auch DGB und GEW haben den massiven Zugriff der Wirtschafts- und Finanzbranche auf Schulen in einem gemeinsamen Schrei-

ben an die Bildungsministerien der Länder scharf kritisiert und eine Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien gefordert. Wie eine Studie der Universität Augsburg herausgestellt hat, gibt es online bereits rund eine Million kostenlose Unterrichtsmaterialien von kommerziellen Anbietern, die keiner Qualitätskontrolle unterliegen. Solche Materialien werden erfahrungsgemäß genutzt, um Produkte zu bewerben und über Inhalte die Denk- und Handlungsweise von SchülerInnen zu beeinflussen. Um dieses unredliche Vorgehen transparent zu machen, müssen, laut DGB und GEW, in einem ersten Schritt Herausgeber und Finanzierungsstruktur auf den Unterrichtsmaterialien kenntlich gemacht werden. Dies würde LehrerInnen dabei helfen, über den Absender auf Interesse und Ausrichtung schließen zu können.

[Zum Diskussionspapier von LobbyControl „Lobbyismus an Schulen“](#)

[Unterschreiben! Offener Brief an die Bildungsministerien](#)

[DGB und GEW: Forderung nach einer Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien](#)

[Zur Pressemeldung GEW](#) Zu wenig Profil – Prämiertes Wirtschaftsschulbuch zeigt schwerwiegende Mängel

## Beschluss zur Lehrerausbildung

Am 25. Mai 2013 beschloss der Landesvorstand der GEW Hessen eine Stellungnahme zur „Veränderung der

Lehrerinnen- und Lehrerausbildung“. Ausgehend von einer Situationsbeschreibung werden Vorschläge und Forderungen zur Weiterentwicklung der 1. und 2. Phase sowie zu einer Berufseinstiegsphase vorgelegt. Der Beschluss kann bei der Redaktion angefordert werden.

### **Klassengrößen - International**

Deutschland liegt, was die durchschnittliche Klassengröße betrifft, mit weniger als 25 Schüler/innen pro Klasse nur knapp über dem internationalen Durchschnitt. In China kracht es mit mehr als 50 Schüler/innen pro Klasse ganz heftig.

[Klassengrößen 2013: Internationaler Vergleich](#)

### **europass Zeugnis Erläuterungen**

europass Zeugnis Erläuterungen liegen für die im dualen System ausgebildeten Ausbildungsberufe sowie für vollzeitschulische Ausbildungsgänge, die landesrechtlich geregelt sind, vor. Klicken Sie [hier](#), um die Liste aller aktuell verfügbaren Zeugnis Erläuterungen für duale Ausbildungsberufe einzusehen. Die Liste wird kontinuierlich ergänzt.

Klicken Sie [hier](#), um die Liste aller verfügbaren Zeugnis Erläuterungen für die landesrechtlich geregelten Berufsausbildungs- und Weiterbildungsabschlüsse in Deutschland zu sehen, die in einer vollzeitschulischen [Ausbildung](#) erworben werden. Diese Zeugnis Erläuterungen wurden von den Kultusministerien der Länder gemeinsam mit dem Sekretariat der Kultusministerkonferenz erarbeitet.

### **5 Tage Bildungsurlaub – doch die Wenigsten wissen Bescheid!**

DGB-Jugend Hessen-Thüringen wirbt mit großem Angebot für Auszu-

bildende und junge ArbeitnehmerInnen. Das aktuelle Bildungsprogramm der DGB-Jugend Hessen gibt es hier zum download: [www.dgb-jugend-hessen-thueringen.de](http://www.dgb-jugend-hessen-thueringen.de)

### **Funktionaler Analphabetismus**

Voraussetzung für lebenslanges Lernen ist eine sichere Grundbildung und insbesondere Lesen, Schreiben und Rechnen sind unerlässlich für die persönliche Weiterentwicklung. Trotz Schulpflicht gibt es in Deutschland jedoch mehr als 7,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 Jahren, die nicht gut genug lesen und schreiben können, um Formulare auszufüllen oder E-Mails, Warnhinweise oder Arbeitsanweisungen lesen zu können. Dies erbrachte eine aktuelle Studie der Universität Hamburg.

Insoweit ist es löblich, dass der HESSENCAMPUS sowohl landesweit wie auch in mehreren Regionen dieses Problem aktuell aufgreift und verschiedene Aktivitäten entwickelt hat. Auch das DGB Bildungswerk wendet sich dem Problem mit dem Projekt MENTO zu und bietet die Möglichkeit zur Ausbildung als Lernberater und Mentor. Näheres unter [www.dgb-mento.de](http://www.dgb-mento.de)

### **Übernahme – aber richtig!**

Eine automatische Weiterbeschäftigung im ausbildenden Betrieb gibt es leider nicht. Sie ist an viele Bedingungen geknüpft. Grundsätzlich gilt: Ein Berufsausbildungsverhältnis endet mit Ablauf der Ausbildungszeit oder aber mit Bekanntgabe des Ergebnisses durch den Prüfungsausschuss, wenn die Abschlussprüfung vor Ablauf der Ausbildungszeit bestanden wird (vgl. § 21 Berufsbildungsgesetz, BBiG). Ein Rechtsanspruch auf Begründung eines Arbeitsverhältnisses besteht für Azubis nicht. Allerdings kann der sich aufgrund ei-

nes Tarifvertrages oder einer Betriebsvereinbarung ergeben. Weitere Infos: [www.jugend.dgb.de/ausbildung/deine-ausbildung](http://www.jugend.dgb.de/ausbildung/deine-ausbildung).

### **Professors Ignoranz**

An der Hochschule in Darmstadt fallen bei der Veranstaltung „Einführung in das Recht“ seit zwei Semestern in der schriftlichen Prüfung 70 Prozent der Studierenden durch mit der Folge, dass sie nicht in das Vertiefungsstudium kommen können. Kein Wunder, gibt der verantwortliche Professor doch 76 Buchempfehlungen und verteilt ein 1200 starkes Manuskript. Nach Auskunft der Hochschule liege es im Ermessensspielraum des Lehrenden, was er von den Studierenden verlange. Nach deutlichen Protesten wird hinter vorgehaltener Hand gemunkelt, dass ab dem Wintersemester ein anderer Professor die Vorlesung betreuen werde. Also: Widerstand lohnt sich.

### **Kommunikation, egal wie!**

Verändern digitale Medien die Freundschaft? Eine aktuelle Forsa-Umfrage hat ermittelt: 38 Prozent der deutschen Jugendlichen kommunizieren mit ihren Freunden am häufigsten über SMS oder Whats - App, unter den befragten Mädchen gaben dies sogar 49 Prozent an. Auf Platz zwei überraschender Weise ganz old school: das persönliche Treffen (31 Prozent). Es folgen soziale Netzwerke mit 19 Prozent. Am Schluss: das Telefonieren mit nur sieben Prozent und die E-Mail mit einem Prozent.

Soli aktuell 07/2013

**Zusammenstellung und Ausführungen  
Dieter Staudt**



Im letzten iNSIDER hatten wir über die Übergabe der Protestunterschriften bezüglich der Fortführung der EIBE-Maßnahmen berichtet. Wir dokumentieren im Folgenden die Antwort der Kultusministerin und die Replik der GEW darauf. Mal sehen, was am Ende herauskommt oder übrig bleibt (DS).

 Hessisches Kultusministerium



## Die Ministerin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen

4. August 2013

### Fortführung der EIBE-Maßnahmen; Ihre Unterschriftenaktion vom 18.06.2013

Sehr geehrter Herr Nagel, sehr geehrte Frau Koch,

Ich kann Ihre Befürchtungen und die Sorgen Ihrer Mitglieder bzw. der Lehrerkollegien, das ESFfinanzierte „EIBE“-Programm könnte mit dem Ende der laufenden Förderperiode, d.h. zum Schuljahresende 2013/14 entfallen mit der Folge, dass Jugendlichen mit speziellem Förderbedarf dann kein adäquates Förderangebot mehr zur Verfügung steht, durchaus nachvollziehen.

Das Programm „EIBE“ und das Programm „SchuB“ waren mit ihrer Zielsetzung, abschlussgefährdeten Jugendlichen den Erwerb des Hauptschulabschlusses zu ermöglichen sowie deren Ausbildungsreife zu stärken, sehr erfolgreich. Sie trugen dazu bei, die Quote der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, merklich zu senken. Im Jahr 2012 haben in Hessen lediglich 2,7% der Jugendlichen (ohne Förderschüler) die Schule ohne Abschluss verlassen. Im Idealfall konnten die Jugendlichen mithilfe dieser Fördermaßnahmen in ein Ausbildungsverhältnis eintreten.

Zutreffend ist, dass die laufende ESF-Förderperiode 2007-2013 mit dem 31.12.2013 endet. Sie können aber versichert sein, dass Jugendliche mit besonderen Leistungs- und Lernschwächen in Hessen auch in der nächsten Förderperiode ab 2014 im Fokus einer künftigen ESF-Förderung stehen werden. Ziel ist es weiterhin, die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, weiter zu reduzieren und ihnen möglichst direkt den Weg in die duale Ausbildung zu eröffnen.

Für die nächste Förderperiode ab dem Jahr 2014 muss ein neues Fördermodell entwickelt werden, denn Ziel des ESF ist die modellhafte Erprobung von Förderelementen, wie beispielsweise „SchuB“ als Modellprojekt für die Entwicklung der Mittelstufenschule. Aus diesem Grunde ist es nicht zulässig, bereits Etabliertes von Förderperiode zu Förderperiode in gleich bleibender Form wieder aufzulegen.

Ich versichere Ihnen, dass bewährte Elemente von „EIBE“, aber auch

von „SchuB“ in diesem neuen Fördermodell Eingang finden werden. Wir wollen keineswegs, wie von Ihnen befürchtet, gewachsene Strukturen an den Schulen zerstören.

Künftig sollen nicht mehr zwei getrennte Förderprogramme mit ähnlicher Zielsetzung in verschiedenen Stadien wirken. Wir planen, bewährte Elemente von „EIBE“ und „SchuB“ in einem Förderprogramm, das nach wie vor an den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen wirken soll, miteinander zu verbinden; sie sollen hier weiterentwickelt und optimiert werden. Die beruflichen Schulen können so auch in der neuen Förderperiode an einem Förderprogramm, das „EIBE“ und „SchuB“ möglichst lückenlos nachfolgen soll, partizipieren.

Auch die sozialpädagogische Begleitung dieser Jugendlichen und die Kombination von Unterricht und Praxistagen sollen im Rahmen eines neuen Förderprojekts erneut eine zentrale Rolle spielen. Ihren Vorschlag,

die sozialpädagogische Begleitung der Jugendlichen in allen Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung an den beruflichen Schulen als obligatorischen Bestandteil des schulischen Alltags einzuführen, halte ich für nicht zielführend. Nicht alle Schülerinnen und Schüler benötigen eine solche spezielle Förderung. Ein solches besonderes Förderangebot ist zudem nicht für alle Jugendlichen geeignet und im Übrigen in finanzieller Hinsicht kaum realisierbar.

Die inhaltliche Ausgestaltung des neuen Fördermodells ist derzeit in der Entwicklung. Weitergehende Aussagen zum Umfang sowie

zum Start eines solchen Förderprogramms sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Es liegen noch keine verbindlichen Vorgaben der EU zur Gestaltung der neuen Förderperiode 2014-2020 vor. Dies gilt für die Verordnungstexte, auf denen die künftigen Förderplanungen basieren, gleichermaßen wie für den Ressourcenumfang, mit dem das Land Hessen die neue Förderperiode gestalten kann. Beide Faktoren sind jedoch entscheidend für die Neukonzeption eines Förderprojekts.

Wir sind in jedem Fall bemüht, einen lückenlosen Übergang von der aktuellen Förderperiode zum

neuen Förderzeitraum zu schaffen. Die Schulen werden rechtzeitig vor Start des neuen Fördermodells über die Modalitäten und das Zeitfenster, in welchem sie sich für das Förderprogramm bewerben können, informiert.

Mit freundlichen Grüßen  
**Nicola Beer**



**GEWERKSCHAFT  
ERZIEHUNG UND  
WISSENSCHAFT  
LANDESVERBAND HESSEN**



**Frau Staatsministerin  
Nicola Beer**

**14. August 2013**

## **Fortführung der EIBE-Maßnahmen**

Ihr Schreiben vom 4. August 2013 -

**Sehr geehrte Frau Beer,**

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 4. August 2013 anlässlich unseres Appells, die EIBE-Maßnahmen fortzuführen. Hierzu möchte ich zwei Anmerkungen machen.

Zum einen ist Ihnen bei der Terminierung der derzeitigen ESF-Förderperiode ein Fehler unterlaufen. Diese endet nicht am 31.12.2013, sondern vielmehr zum Ende des Schuljahres 2013/2014. Zu diesem Zeitpunkt

würden, wenn Sie nicht tätig werden, daher die überaus sinnvollen und notwendigen EIBE-Maßnahmen wegbrechen.

Zum anderen sind es eben insbesondere Förder- und Hauptschüler, die von den EIBE-Maßnahmen profitieren, sodass Ihr Argument, die Quote derjenigen, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, sei verschwindend gering, leider an der Sache sowie an unserem Anliegen vorbeizieht. Tatsache ist vielmehr, dass die von Ihnen hier „herausgerechneten“ Förderschüler laut Statistischem Landesamt noch einmal rund 2,6 Prozent der hes-

sischen Schüler ausmachen, die die Schule ebenfalls ohne adäquaten Abschluss verlassen. Eben diese Schüler sind, ob Sie sie nun aus Ihrer Statistik entfernen oder nicht, der Grund, der überdeutlich für Ihr sofortiges Tätigwerden in der Sache spricht.

Mit freundlichen Grüßen

**Birgit Koch**  
*Stellvertretende Landesvorsitzende*

Kurz nach Redaktionsschluss kam die Antwort der Ministerin. Diese kann bei der Redaktion angefordert werden.

# neue Publikationen

Bettina Zurstrassen (Hrsg.)  
**Was passiert im Klassenzimmer?  
Methoden zur Evaluation, Diagnostik und  
Erforschung des sozialwissenschaftlichen  
Unterrichts.**

Die Veröffentlichung versteht sich auch als „Methodentrainer“, der auf die Bedürfnisse von Lehrkräften der sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächer zugeschnitten ist. Dem „reflektierenden Praktiker“ sollen möglichst differenzierte und vielfältige Hilfen angeboten werden.

In 12 Beiträgen wird eine Fülle von Methoden zu Unterrichtsbeobachtung, Informationsgewinnung, fragebogen-gestützter Unterrichtsevaluation, Diagnose und Evaluation von Schülervorstellungen, politikdidaktischer Rekonstruktion der Konfliktlösungs- und Urteilskompetenz, Kollegialem Feedback, Urteilsbildung der Schüler etc. vorgestellt. In jedem Beitrag werden zentrale theoretische Aspekte erläutert, mindestens ein Anwendungsbeispiel dargestellt sowie Übungsmaterial oder Planungshilfen für die Erprobung im Unterricht präsentiert.

Wochenschau-Verlag ISBN 978-3-89974583-2



## Entwicklungen und Perspektiven der Berufsbildung

BIBB legt neuen Jahresbericht vor - PM 35/2013-  
23.08.2013

Wie hat sich die berufliche Bildung im vergangenen Jahr weiterentwickelt? Welche inhaltlichen Schwerpunkte hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gesetzt, um die berufliche Aus- und Weiterbildung für die Zukunft fit zu machen? Antworten hierauf finden sich im neuen **BIBB-Jahresbericht 2012/2013**. Der Jahresbericht stellt exemplarisch die Forschungs- und Arbeitsergebnisse in zentralen Aktionsfeldern des Instituts vor.

Besonders relevante Themen im abgelaufenen Berichtsjahr waren für das BIBB der demografische Wandel und der Fachkräftemangel, die Berufsorientierung, die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung, die Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) sowie die Umsetzung des 2012 in Kraft getretenen Anerkennungsgesetzes.

Im Kapitel „Internationalisierung der Berufsbildung“ zeigt der Jahresbericht darüber hinaus auf, welche weltweit ge-

stiegene Wertschätzung das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland in letzter Zeit erfahren hat und welchen Beitrag ein solches System bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa leisten kann.

Der Jahresbericht kann im Internetangebot des BIBB kostenlos unter [www.bibb.de/jahresbericht](http://www.bibb.de/jahresbericht) heruntergeladen werden.



### Hochschultage Berufliche Bildung 2013

**Online-Publikation fertig**  
Nach sechs Monaten ist die Online-Publikation dieser Tagung fertig und unter [www.bwpat.de](http://www.bwpat.de) nachzulesen. Aus insgesamt 25 Fachtagungen und Workshops finden sich **173 Beiträge**.



# 13 NEUE ODER MODERNISIERTE AUSBILDUNGSBERUFE

Mit zwei neuen und elf überarbeiteten Ausbildungsberufen beginnt am 1. August offiziell das neue Ausbildungsjahr. Damit sinkt die Zahl der dualen Ausbildungsberufe von 345 auf 331.

Allein durch die Neuordnung im Metallbereich sind elf so genannte „Altberufe“ - darunter zum Beispiel der Revolverdreher, der Drahtzieher oder der Schleifer - zum neuen Ausbildungsberuf „Fachkraft für Metalltechnik“ zusammengefasst worden.

Seit dem Jahr 2003 hat das BIBB im Auftrag der Bundesregierung und gemeinsam mit den Sozialpartnern und Vertretern der betrieblichen Praxis insgesamt 207 Ausbildungsordnungen überarbeitet und an die aktuellen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Anforderungen angepasst.

Dabei wurden 170 Ausbildungsordnungen überarbeitet und 37 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In den Jahren 2008 bis 2012 wurden allein in den in diesem Zeitraum neu geordneten beziehungsweise modernisierten Ausbildungsberufen mehr als 385.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Aktuell arbeitet das BIBB bereits an den voraussichtlich 15 neuen und modernisierten Ausbildungsberufen des kommenden Jahres. So soll zum Beispiel zum 1. August 2014 der Bürobereich neu geordnet werden und der neue Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“ in Kraft treten. Er wird dann die drei bisherigen Berufsbilder der Bürokaufleute, der Kaufleute für Bürokommunikation sowie der Fachangestellten für Bürokommunikation zusammenfassen.

## Freie Fahrt Richtung Zukunft für Kfz-Mechatroniker und Kfz-Mechatronikerinnen

**BIBB-PM 31/2013-  
29.07.2013**

Zwei neue, zukunftsrelevante Schwerpunkte prägen künftig die modernisierte **Ausbildung für Kfz-Mechatroniker/innen**. Neben den klassischen Schwerpunkten Personenkraftwagen-, Nutzfahrzeug- und Motorradtechnik umfasst die neue Ausbildungsordnung ab dem 1. August auch die Schwerpunkte „System- und Hochvolttechnik“ sowie „Karosserietechnik“.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat die dreieinhalb-jährige Berufsausbildung im Auftrag der Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Sachverständigen aus der betrieblichen Praxis den aktuellen technologischen Entwicklungen angepasst.

Kfz-Betriebe werden verstärkt mit elektronischen Systemen, neuen Antriebskonzepten und Werkstoffen konfrontiert. Daraus ergeben sich veränderte Anforderungen an das Berufsbild der Kfz-Mechatroniker/-innen - beispielsweise mit Blick auf den Service- und Wartungsumfang, neue Reparatur- und Diagnosemethoden, veränderte Vorgaben der Schadstoffreduzierung sowie in Bezug auf neue Antriebsarten und Baustoffe.

Die neue Berufsstruktur enthält daher den Schwerpunkt „System- und Hochvolttechnik“, der sich unter anderem mit neuen Antriebsarten wie beispielsweise Hybrid- und Elektro-Motoren sowie mit der Anwendung der Hochvolttechnologie in Fahrzeu-

gen befasst. Im zweiten neuen Schwerpunkt „Karosserietechnik“ gewinnen neben der Reparatur und Instandhaltung von Karosserien die Verwendung neuer Leichtbauwerkstoffe sowie neue Karosserie-Reparaturmethoden an Bedeutung.

Durch diese Veränderungen in Verbindung mit neuen, komplexen elektronisch verknüpften Fahrzeugsystemen wurde eine Zusammenführung der Berufe „Kfz-Mechatroniker/-in“ und „Mechaniker/-in für Karosserieinstandhaltungstechnik“ ermöglicht. Mit Inkrafttreten der modernisierten Ausbildungsordnung treten daher gleichzeitig die Ausbildungsberufe „Mechaniker/-in für Karosserieinstandhaltungstechnik“ und „Kfz-Service-mechaniker/-in“ außer Kraft, deren Ausbildungsinhalte weitgehend in das Berufsbild der Kfz-Mechatroniker/-innen integriert werden.

Im Jahr 2012 wurden mehr als 120.000 neue Verträge für eine Ausbildung als Kfz-Mechatroniker/-in abgeschlossen, darunter 3,6 % von Frauen. Im Anschluss stehen den Gesellen und Gesellinnen attraktive Wege für den beruflichen Aufstieg offen. So besteht zum Beispiel die Möglichkeit, sich beruflich fortzubilden zum/zur Geprüften Kfz-Service-techniker/-in, zum/zur Kfz-Techniker-Meister/-in sowie zum/zur Betriebswirt/-in im Kfz-Gewerbe.

*Detaillierte Informationen unter*

[www.bibb.de/neue-berufe-2013](http://www.bibb.de/neue-berufe-2013)

Im *iNSIDER* 1/2013 veröffentlichten wir die Resolution der Teilnehmenden an einer Fachtagung zur Politischen Bildung vom 6./7. Dez. 2012, die mit Schreiben vom 5. Februar 2013 an Kultusministerin Beer geschickt wurde. Mehr als fünf Monate hat das Kultusministerium gebraucht, um nachstehende neunzeilige Antwort zu verfassen, wenig verstehbar. Inhaltlich werden wir das Kultusministerium beim Wort nehmen und in einigen Wochen bei der Abt. III im Landesschulamt nachhaken. Der Druck ist im Kessel! (DS)

## ZUM ELEND DES POLITIKUNTERRICHTS AN BERUFLICHEN SCHULEN 3



Hessisches Kultusministerium



Antwort des Hessischen Kultusministeriums

16. Juli 2013

### XENOS-Tagung zur politischen Bildung an beruflichen Schulen

Sehr geehrter Herr Staudt,

ich bedanke mich für Ihr Schreiben vom 05. Februar 2013, zu dessen Beantwortung ich leider erst heute Gelegenheit gefunden habe.

Die von Ihnen vorgetragenen Anregungen und Beobachtungen im Zusammenhang mit dem mangelnden Interesse Jugendlicher an Politik und den daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten werden von mir

geteilt. Auch unter den von Ihnen vorgetragenen Gesichtspunkten werden die derzeit geltenden Lehrpläne erneut geprüft, Ihre Anregungen aufgegriffen und unter Federführung der Abteilung III des Landesschulamtes in einen neuen, noch zu entwickelnden Lehrplan aufgenommen werden.

Zu gegebener Zeit werde ich in diesem Zusammenhang auf Sie zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:  
**Speier**

**Nachbemerkung.**

*In den *iNSIDER*-Ausgaben 3 und 4/2012 wurde unter der gleichen Überschrift das „Elend“ näher ausgeführt. Alle *iNSIDER*-Ausgaben können unter der Homepage der GEW Hessen aufgerufen werden.*

## Ab heute leben wir auf Pump!

Zum globalen Erdüberlastungstag (Earth Overshoot Day) am 20. August 2013 prangerten Aktivist/innen von INKOTA, der BUNDjugend und FairBindung den übermäßigen Ressourcenverbrauch Deutschlands an und fordern ein Umdenken hin zu einer ressourcen- und klimascho-

nenden Wirtschaftsweise. Denn genau ab diesem Tag befinden wir uns im ökologischen Defizit:

Die Ressourcen, zu deren Erneuerung die Erde ein ganzes Jahr braucht, sind erschöpft.

Das Global Footprint Network berechnet jedes Jahr den Ökologischen Fußabdruck der Menschheit, das heißt den Bedarf an Acker- und Weideland, Wäldern und Fisch sowie den Platzbedarf für Infrastruktur.

Dieser wird der weltweiten biologischen Kapazität gegenübergestellt,

## Leserbrief zum Artikel

# „ZUM ELEND DES POLITIKUNTERRICHTS AN BERUFLICHEN SCHULEN“

**H**allo Kollege Staudt, mein Name ist Rainer Egold und ich bin langjähriger FL am Studienseminar für berufliche Schulen in Frankfurt. Ich teile Ihre Einschätzung (s. insider 3/2012) und danke Ihnen für Ihre Initiative, insbesondere auch mit XENOS zusammenzuarbeiten.

**E**s ist in der Tat so, dass die wenigsten Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LIV), die an unser Seminar kommen und das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft zugewiesen bekommen, das Fach selbst studiert haben. Bereits hier allerdings beginnt die Misere: diese LIV werden hinsichtlich ihrer Ausbildungsverpflichtung/-möglichkeit gleich behandelt wie LIV, die das Unterrichtsfach studiert haben. Es ist ihnen und mir bzw. meiner Kollegin überlassen, also allein individuellem Engagement, wie mit dieser defizitären Situation umgegangen wird. Ein Skandal!!!!

**A**ber auch das muss ich konstatieren, wer das Fach studiert hat, hat damit aber noch lange nicht die fachdidaktischen „Kenntnisse“ erworben, es zu unterrichten – ein weiteres Manko also: die unzulängliche universitäre Schulung in Fachdidaktik.

**D**iese defizitäre Situation ist i.d.R. der Ausgangspunkt der Ausbildung im Unterrichtsfach PoWi. Glücklicherweise gelingt es allenthalben, bei diesen LIV das Interesse am Gegenstandsbereich Politik und Wirtschaft und am Unterrichten in diesem Fach zu wecken und auch die LIV soweit zu fördern, dass sie politische Themen für sich selbst und für ihren Unterricht aufbereiten und letztlich unterrichten können.

**B**asis für eine Orientierung für Unterrichtsinhalte bietet dabei immer noch der Bildungsplan von 1965, den die

meisten Kolleginnen und Kollegen an den Schulen nicht mehr kennen..... So weit, so gut bzw. schlecht.

**I**ch fürchte, dass ein Lehrplan oder schulformspezifische Lehrpläne an dieser desolaten Situation wenig ändern werden, wenngleich ein neuer Lehrplan/neue Lehrpläne vielleicht die Aufmerksamkeit auf das Fach lenken, vielleicht sogar eine Diskussion darüber auslösen könnten. Mein Optimismus ist allerdings gering, da auch meine Versuche, wenigstens schulinterne Curricula an bestimmten beruflichen Schulen zu entwickeln, mit meiner Unterstützung auf nur wenig Interesse gestoßen sind.

**A**us meiner Sicht erscheint ein anderer Ansatz erfolgversprechender bzw. wäre als Ergänzung zu Lehrplänen hilfreich: Die og. Powi-LIV sollten in den ersten Jahren ihrer Berufstätigkeit „fachkundige“ Begleitung und Unterstützung erfahren, z. B. durch Studienseminare und durch XENOS-Projekte, um so etwas wie „politischen Geist“ in Schulen hineinzutragen und den Unterricht in Politik und Wirtschaft wieder zu einem „politischen Unterricht“ zu machen.

**W**ir müssten also die Menschen, die Lehrkräfte, erreichen, sie fördern und ermuntern, die „Politik“ zu ihrem Fach machen, sich mit diesem identifizieren, sich als „Politikfachleute“ verstehen, was durch ihre Professionalisierung und dem damit einhergehenden Berufsverständnis m.E. möglich erscheint. Die Ausbildung im Seminar kann hierfür aber nur ein Anfang sein....

**E**in Lehrplan mag dies allenfalls am Rande unterstützen, vermag vielleicht aber auch das Interesse von Bildungspolitikern auf diese Misere lenken.

**Rainer Egold**

also dem Vermögen der Ökosysteme, Ressourcen aufzubauen und Müll aufzunehmen.

**N**ach diesen Berechnungen bräuchten wir mittlerweile rund 1,5 Erden, um unsere Bedürfnisse zu erfüllen. Würden alle so leben wie die Deutschen, bräuchten wir 2,6 Planeten.

**U** den gesamten Ressourcenverbrauch Deutschlands zu decken, verbrauchen wir fast zweieinhalb Mal die Fläche von Deutschland im Jahr.

FOTOS VON DER AKTION:  
www.inkota.de/erdueberlastungstag  
Hintergrundinfos zur Berechnung des Erdüberlastungstages bei:

👉 Global Footprint Network oder bei Christine Pohl, INKOTA, E-Mail: pohl@inkota.de Jenny Blekker,

👉 BUNDjugend, E-Mail: presse@bundjugend.de

👉 Christiane Wegener, FairBindung, E-Mail: c.wegener@fairbindung.org



# DIE MARBURGER PRODUKTIONSSCHULE

## **Kooperation eines freien Trägers mit einer staatlich anerkannten Berufsschule**

Produktionsschulen sind Einrichtungen, in denen Jugendlichen durch die praktische Kombination von Arbeiten und Lernen eine Sinnhaftigkeit ihres Tuns nahe gebracht werden soll. In der Marburger Produktionsschule arbeiten wir nach einem auftrags- und projektorientiertem Prinzip. Durch unterschiedlichste Arbeiten können sich die Jugendlichen je nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten in den verschiedensten Gewerken ausprobieren. Die Teilnehmer erwerben so berufliche als auch personelle sowie soziale Kompetenzen. Ziel der Produktionsschulen ist es, junge Menschen nicht nur beruflich sondern auch persönlich fit für unsere Gesellschaft zu machen.

Die Marburger Produktionsschule ist wie viele andere Produktionsschulen in Hessen und anderen Bundesländern im Bundes- und im Landesverband der Produktionsschulen aktiv. Hierdurch wollen wir einheitliche Richtlinien erarbeiten und somit ein vergleichbares Qualitätsniveau erreichen.

Besonders interessant ist die Marburger Produktionsschule dahingehend, dass sie eine Kombination eines freien Trägers mit einer Berufsschule ist. Es gibt aber auch noch andere Produktionsschulen oder Einrichtungen mit produktionsschulorientiertem Ansatz, die unterschiedlichste Trägerschaften, Kooperations- und Organisationsstrukturen haben.

Die Marburger Produktionsschule in Marburg wird durch den freien Träger Arbeit und Bildung e.V. (A.u.B.e.V.) und die Adolf-Reichwein-

Schule (ARS) Marburg gestemmt. Sie ist somit ein Kooperationsprojekt, welches Jugendlichen außerhalb von Schule, mit all seinen Vor- als auch Nachteilen, helfen soll, sich über ein

das gleiche Ziel, einen ordentlichen Abschluss zu erreichen, für sich einen beruflichen Weg zu erkennen und fit für die Berufs- und Arbeitswelt zu werden.



praxisorientiertes (projekt- und auftragsorientiertes) Angebot zu orientieren und stabilisieren.

Die Marburger Produktionsschule besteht seit 13 Jahren und wird durch ein Team von Pädagogen, einem Werkstattleiter und Berufsschullehrern betrieben.

Die Grundidee war, einen Ort zu schaffen, der sich an dänischen Produktionsschulen orientiert. Dieser sollte ca. 12 Jugendliche jeder Institution beheimaten. Zur Zeit sind ca. 25 junge Menschen MPS'ler. Beide Partner haben jedoch unterschiedliche Gruppen, die während der Arbeit zu einem Team werden sollen. Die Jugendlichen von A.u.B.e.V sind nicht mehr schulpflichtig und haben meist schon einen Abschluss. Hingegen sind die Schüler der ARS (BVJ/EIBE) noch schulpflichtig und wollen unterschiedlichste Abschlüsse erreichen. Trotz dieser Unterschiede haben alle jedoch

Man kann die Zielgruppe der MPS somit wie folgt umschreiben: 16- bis 25- jährige junge Menschen mit besonderen Schwierigkeiten beim Übergang von Schule in die Berufs- und Arbeitswelt. Häufig haben sie noch keinen Hauptschulabschluss, kommen aus Regel- oder Förderschulen mit unterschiedlichsten Leistungsschwächen, Lernbeeinträchtigungen und Verhaltensauffälligkeiten.

In der MPS können die Jugendlichen neben der beruflichen Orientierung auch den Haupt-, Real-, BzB-Abschluss und/oder auch Qualifizierungsbausteine (je nach Trägerschaft und Status) erlangen.

Durch einen hohen zielgerichteten Praktikumsanteil in der freien Wirtschaft, der parallel zu der Arbeit in der MPS verläuft, sollen spätere Arbeitgeber auf sie aufmerksam werden. Gerade durch diese Varianten erreichen wir eine hohe Vermittlungsquote.



Neben den handwerklichen Fähigkeiten erwerben die Teilnehmer auch Grundlagenkenntnisse in der elektronischen Datenverarbeitung, stabilisieren und erweitern ihre Sozialkompetenzen (durch spezielle Trainingsvarianten), lernen Konflikte zu bewältigen und erhalten ein gezieltes Bewerbungstraining.

Die Jugendlichen in der Marburger Produktionsschule werden durch Bedingungen des realen Arbeitstages fit für die Zukunft gemacht. Sie erlernen dadurch Fertigkeiten und Kenntnisse in handwerklichen und zum Teil rationalisierten Prozessen, die ihr eigenes als auch fremdbestimmtes Sozial- als auch Verantwortungsbewusstsein steigern.

Wie aber erreicht das Team der MPS dies?

Auf den ersten Blick ganz einfach. A.Z.B. existieren in und um Marburg rund 120 km beschilderte Wanderwege. Diese müssen immer wieder neu beschildert werden oder es müssen immer wieder einmal neue Bänke oder Tafeln hierfür erstellt werden. Weiterhin arbeitet die MPS auch verstärkt mit den Kommunen, unterschiedlichsten Vereinen, dem Kreis oder Schulen zusammen. Gerade hierin liegt das Erfolgskonzept der MPS. Den nur dort, wo die Jugendlichen

sich lokal wiederfinden, ihre Arbeit gewürdigt wird und kein Edelschrott entsteht, ist ein positives Feedback von Freunden, der Bevölkerung oder anerkannten Institutionen stabilisierend, bereichernd und fruchtbar für alle.



Wie schon beschrieben arbeitet die MPS verstärkt im Naturschutz- und Umweltbereich. So wurden über die letzten Jahre hunderte unterschiedlichster Nistmöglichkeiten oder Futterstellen erstellt. Weiterhin wurden gerade letztes Jahr ein Bibellehrpfad (einmalig in dieser Form im Botanischen Garten der Stadt Marburg), Hinweistafeln für unterschiedlichste Streuobstpfade und ein einzigartiger Ro-

senlehrpfad an der Alten Weinstraße in Marburg errichtet. In 2013 wird ein Apfellehrpfad mit über 80 Stelen im Heiligen Grund in Ockershausen erstellt. Gerade diese Projekte erfreuen viele Bürger/Besucher in und um Marburg. Es werden auch Storchnester und verschiedenste Aufträge für unterschiedlichste Privatkunden als auch Naturschutzverbände erstellt.

Weiterhin werden immer wieder auch private Aufträge bearbeitet. Ein größerer Auftrag ist z.B. ein Stahl-/Holzbalkon für einen Privatkunden.

Fazit: Ein Projekt in all seinen Perspektiven darzustellen wäre möglich, würde aber nicht die Gesamtphilosophie der MPS beschreiben, die für sich in Anspruch nimmt, in dem oben genannten Bereich zu arbeiten.

Die Herausforderungen, denen sich die MPS zu jeder Zeit auf lokaler Ebene stellt bestimmt ihr Tun und bereichert Alle, nicht nur die Jugendlichen in der MPS, sondern auch immer wieder das Team, die Mitwirkenden und die Bevölkerung in und um Marburg.

Carsten Klein

Kontakt: Klein@adolf-reichwein-schule.de

In der Debatte um erweiterte Entscheidungskompetenzen von Schulen, ‚Selbständige Schule‘ und die nicht gebundene Stellenzuweisung (105%) wird die Frage aufgeworfen: Wer entscheidet?

## SELBSTÄNDIGERE SCHULE UND DEMOKRATISIERUNG

### Wer entscheidet über die 105%?

Unter dem Schlagwort 105% wird die Stellenzuweisung von durchschnittlich 5% diskutiert, die nicht für die nach Stundentafel und Klassengröße vom HKM festgelegte Grundunterrichtsversorgung gebunden sind. In den 5% sind drin 4 % für alle Schulen, 1% zusätzlich für SBS/SES, Zuweisung nach Sozialindex und Sonderzuweisungen für Hessencampus und G8-Gymnasien. Klarzustellen ist zunächst, dass dies Stellenzuweisungen sind und keine Mittel (Geld). Die Schule stellt zusätzliche Lehrkräfte ein und im Umfang der nichtgebundenen Zuweisung kann die Schule Deputatstunden verteilen, Klassen teilen, Doppelsteckungen im Stundenplan vorsehen, anstelle einer Lehrkraft sozialpädagogische Fachkräfte einstellen usw.

Über die schulinterne Verwendung entscheidet die Schule. Wer ist aber die Schule? Das Ministerium wollte zuerst festlegen, dass über die nicht gebundene Zuweisung die Schulleiterin bzw. der Schulleiter entscheidet. Dies wurde von GEW und Hauptpersonalrat massiv kritisiert und die Argumentation durch Verweise auf das Schulgesetz unterlegt.

Die Kritik der GEW scheint angekommen. So hat das HKM in Äußerungen gegenüber dem Hauptpersonalrat schriftlich fixiert, wie mit der nicht gebundenen Zuweisung an allen Schulen umgegangen werden muss und wie die Entscheidungsprozesse ablaufen haben. Kernaussage: Die Schulkonferenz entscheidet das Grundsätzliche und die SchulleiterIn über die Umsetzung unter Betei-

ligung des Personalrats und das unabhängig davon, ob die Schule selbstständig ist oder nicht. Grundlage ist das Hessische Schulgesetz (§§ 127ff). Was mit den 5% gemacht werden soll, ist durch die Schulkonferenz im Schulprogramm festzulegen. Die Verteilung der 5% ist im Rahmen der Haushaltsberatungen der Schule abzustimmen. Die Schulkonferenz entscheidet auf Vorschlag der Gesamtkonferenz. Sollte es keine Schulkonferenz an der Beruflichen Schule geben, entscheidet die Gesamtkonferenz. Die 5% können nur dann für Schulleitungsaufgaben verwendet werden, wenn die Schulkonferenz dies beschließt. Das Ganze ist in einer FAQ-Liste dokumentiert, die allen Schulen zugesendet wurde. Die FAQ-Liste kann bei [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de) angefordert werden.

### SozialpädagogInnen

Sozialpädagogische Fachkräfte (z. B. in EIBE) und SchulsozialarbeiterInnen sind an vielen beruflichen Schulen tätig. Sie sind jedoch nicht beim Land angestellt, sondern bei Trägern oder dem Schulträger. Das Ministerium plant einen Erlass, der es allen Schulen ermöglichen soll, anstelle einer Lehrkraft eine sozialpädagogische Fachkraft unbefristet einzustellen. Damit wird einer langjährigen GEW-Forderung nach sozialpädagogischer Unterstützung durch das Land nachgegangen, obgleich die GEW zusätzliche Stellen fordert anstatt der jetzt vom HKM vorgesehenen Umwandlung von Lehrkraftstellen. Differenzen zwischen Hauptpersonalrat und Ministerium bestanden vor Redaktionsschluss noch bei der Regelung der Arbeitszeit.

Auch darüber, ob eine sozialpädagogische Fachkraft eingestellt wird (Umwandlung einer Lehrkraftstelle in eine Sozialpädagogenstelle) und welche Aufgaben sie hat (schulspezifische Stellenbeschreibung), entscheidet nach übereinstimmender Aussage des HKM und des Hauptpersonalrats die Schulkonferenz im Rahmen ihres Haushaltsrechts. Die Stellenausschreibung und -besetzung entscheidet dann die Schulleiterin bzw. der Schulleiter unter Mitbestimmung des Schulpersonalrats.

### 10%-Erlass – Personalbudget für alle Schulen

Personalbudgets sind für alle Schulen möglich. Dies regelt der 10%-Erlass (zu finden auf der Homepage des HKM). Wenn eine Schule Stellen für bestimmte Fächerkombinationen nicht besetzen kann, kann sie eine Umwandlung in Geld beantragen. Die Bedingungen für die Umwandlungen und den Einsatz des umgewandelten Geldes sind dem Erlass zu entnehmen. Der Erlass wurde vom Hauptpersonalrat nicht abgelehnt und dessen Anwendung ist aus gewerkschaftlicher Sicht nicht zu kritisieren, denn Schulen können nicht dafür bestraft werden, dass das Land Hessen sich nicht um einen ausreichenden qualifizierten Lehrkräftenachwuchs kümmert. Über die Verwendung des Geldes entscheidet wieder die Schulkonferenz im Rahmen ihres Haushaltsrechts.

### SBS

Die Selbständigen Beruflichen Schulen können ohne Bedingungen Stellen in Geld umwandeln. Sie



bekommen aber lediglich rd. 70% der Kosten einer Stelle als Geld. Dies führt zu unterwertigen und prekären Beschäftigungen an Schulen. Viele Kolleginnen und Kollegen an Selbstständigen Schulen fragen sich z. B. oft nach der Qualifikation von Menschen, die neuerdings unterrichten.

Über die Verwendung des Personalbudgets entscheidet nach übereinstimmender Aussage von HKM und HPRLL die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen des Haushaltsrechts.

SBS erhalten auch die Möglichkeit, eine (und nur eine) Lehrkraftstelle unbefristet mit einer Verwaltungskraft oder Assistenz zu besetzen. Für das HKM ist das eine Sparmaßnahme, da die Stelle mit maximal A 10 oder E 10 vergütet wird. Auch diese Entscheidung trifft die Schulkonferenz im Rahmen ihres Haushaltsrechts. Eine Schule sollte sich sehr genau überlegen, ob sie dies macht. Die Verwaltungskraft wird fest angestellt, bleibt daher der Schule für lange Zeit erhalten und ersetzt eine zusätzliche Lehrkraft. Durch eine zusätzliche Lehrkraft könnten die Verwaltungstätigkeiten auf Lehrkräfte verteilt und mit Entlastungsstunden vergütet werden. Die Schule ist dadurch flexibler und es können auch mal Kolleginnen und Kollegen anderweitig beschäftigt werden, wenn die Arbeit mit Klassen für eine überschaubare Zeit schwierig für sie ist.

Ein weiterhin wichtiger Kritikpunkt an der Selbstständigen Schule bleibt die Übertragung von Personalhoheit auf die Schulleiterinnen bzw. Schulleiter. Personalhoheit selbstständiger Schulleiterinnen und Schulleiter und pädagogische Leitung einer Schule, wie sie die GEW einfordert, widersprechen sich. Die GEW will nicht, dass die Mitsprache der Schule bei Stellenbesetzungen und Beförderungen eingeschränkt wird. Die Entscheidungen müssen von der Schule in einem de-

mokratischen Prozess getroffen werden.

### **RSBS – Henzlers alter Hut**

Nur drei Schulen sollen zu Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schulen werden, die Beruflichen Schulen im Odenwald, in Korbach und in Frankenberg. Von Korbach ist bekannt, dass das Kollegium die Umwandlung in RSBS mehrheitlich abgelehnt hatte, aber dann der von der Schulleitung dominierte Schulvorstand dem Kollegiumsvotum nicht gefolgt ist. In der PPC in Limburg, die auch für eine Umwandlung in RSBS im Gespräch war, wurde die Notbremse gezogen. Trotz massiver Werbung durch die Schulleitung hat das Kollegium die Umwandlung abgelehnt. Dort ist anders als in Korbach der von der Schulleitung dominierte Schulvorstand dem Kollegiumsvotum gefolgt und hat ebenfalls abgelehnt. In der PPC-Schulleitung ist anscheinend noch der Grundsatz präsent, dass Schulentwicklung nur mit dem Kollegium geht und dass demokratische Umgangsformen zu Schulleitungskompetenzen gehören.

Die Mustersatzung wurde vom Ministerium genehmigt. Diese Satzung eröffnet den Schulen jedoch keine neuen Möglichkeiten. Weiterbildungsangebote müssen im Rahmen des staatlichen Bildungsauftrags erfolgen und gebührenfrei angeboten werden. Dies können auch SBS im Verbund mit Hessencampus. Kostenpflichtige Angebote können nur dann gemacht werden, wenn die Satzung wieder geändert wird. Hierzu sind wieder Gesamtkonferenz-, Schulkonferenz- und Kreistagsbeschlüsse und deren Genehmigung durchs HKM notwendig. Das Ganze scheint ein Schnellschuss zu sein. Es sollte noch vor der Landtagwahl an die Presse gehen.

Als wichtige Konsequenz der Umwandlung in RSBS bleibt die Entmachtung der Konferenzen und eine Stärkung insbesondere des Schulträgers. Über die wichtigsten Dinge wie Schulprogramm und Haushalt entscheidet der Verwaltungsrat und der ist überwiegend mit Vertretern des Schulträgers besetzt. Es wird sicherlich kein Spaß, wenn in Zukunft der Landrat sagt, wie Schule und Unterricht zu gestalten ist.

Belastungen steigen – Nehmen wir uns die Zeit!

Eine umfassende Erklärung für den Schwenk hin zur Stärkung der Konferenzrechte durch die Kultusadministration wäre spekulativ, da es keine expliziten Aussagen dazu gibt. Es dürfte aber schon damit zusammenhängen, dass die GEW die Entdemokratisierung von Schule durch SES und SBS immer wieder angeprangert hat. Steter Tropfen höhlt anscheinend auch den härtesten Stein

Inhaltlich könnte zukünftig in den Kollegien folgende Anregung aufgegriffen werden: Allorts wird geklagt, dass die Belastungen steigen, Vertretungsunterricht zunimmt, zusätzliche Aufgaben auf die Lehrkräfte zukommen usw. Mit der nicht gebundenen Zuweisung haben die Schulen Mittel zur Hand, diesem etwas abzuwehren. Wieso beschließt sie nicht, dass die nicht gebundene Zuweisung zur Umsetzung einer Deputatsregelung für Klassenlehrertätigkeit genutzt wird? Wieso beschließt sie nicht, dass die Stunden für die nicht gebundene Zuweisung in einem Vertretungskonzept verwendet werden? Wieso beschließt sie nicht, dass die nicht gebundene Zuweisung für das Schuldeputat mit verwendet wird? Wieso ... ? All dies wäre möglich – also nehmen wir uns die Zeit!

*Ralf Becker*

**Es erfordert oft mehr Mut, seine Ansicht zu ändern, als an ihr festzuhalten.**  
(Friedrich Hebbel)

# BERUFSORIENTIERUNG - SCHLAGWORT ODER HERAUSFORDERUNG?

Am 28. August 2013 fand in Kleinlinden ein Symposium „Berufsorientierung“ statt, veranstaltet von der Arbeits-Gemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für die beruflichen Schulen in Hessen (AGD). Über 150 unterschiedlichste Akteure im Bereich Bildung und Ausbildung nahmen an dieser Veranstaltung teil, Lehrkräfte und Schulleiter/innen aus allgemein bildenden und beruflichen Schulen, Gewerkschafter und Verbandsmitglieder, Unternehmer und Arbeitnehmer, Schulaufsicht und Schulträger, Elternvertreter und Studierende. Diese Veranstaltung hat die AGD aber nur stemmen können, da sie einen Kooperationspartner an ihrer Seite hatte: XENOS-Verband Hessen.

In seinen Eröffnungsworten wies der **Vorsitzende der AGD Oberstudiendirektor Norbert Herlein** darauf hin, dass „Jugendliche, die Ausbildungsberufe kennen und wertschätzen gelernt haben, motivierter auf ihren Wunschberuf hinarbeiten: In der Schule, im Übergang zur Ausbildung und in der Ausbildung selbst“.

Aber bei allein 344 anerkannten Ausbildungsberufen im Dualen System, so Herlein, sei die Wahrnehmung der beruflichen Ausbildungswelt und

der Arbeit in diesen Berufen - und der Eignung dazu - nicht einfach. Folglich sei es sinnhaft, nicht nur im Zusammenwirken mit den Fachleuten der Arbeitsagenturen, sondern erst recht mit den Fachleuten in der beruflichen Ausbildung - also den Lehrkräften an den beruflichen Schulen und den Ausbildungsbetrieben - einen zukunftsorientierten Vermittlungs- und praktischen Erfahrungsweg zu beschreiben. Und dieses sollte für alle Schüler/innen der Sekundarstufen-I-Schulen möglichst in den Phasen der Jahrgangsstufen 8, 9 und 10 unterrichtsbezogen angelegt sein.

Um einen qualifizierenden schulischen Entwicklungsprozess hin zu einer beruflichen Ausbildung noch stärker in den Werdungsprozess junger Menschen in unserem Land zu implementieren, bedarf es einer systemisch angelegten Berufsorientierung in allen Schulformen der Sekundarstufe I.

Herlein hieß als Gast **Kultusministerin Nicola Beer** herzlich willkommen, die in einem Grußwort die Anstrengungen der hessischen Landesregierung für eine sinnhafte Berufsorientierung betonte. Hierbei verwies sie insbesondere auf die SchuB-Schulen in Hessen und die Unterstützung der OloV-Strategie - und vor allem auf die gesetzmäßige Verortung einer Mittelstufenschule im Hessischen Schulgesetz.

Anschließend informierte **Professorin Dr. Friese** die anwesenden Teilnehmer/innen des Symposiums über die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Thema Berufsorientierung. In einem einstündigen Vortrag vermittelte sie anhand einer Vielzahl von Tabellen und Grafiken die Zusammenhänge zwischen Schulbildung und Ausbildungsberufen, Facharbeiterentwicklung und Fachkräftemangel.

So beklagte sie einerseits die längeren Warteschleifen für die Jugendlichen bei der Berufs- und Ausbildungssuche, die besonders auch durch spezifische regionale Unterschiede in Hessen gekennzeichnet seien. Frankfurt sei nicht Gießen oder Marburg und die Frankfurter Umlandgemeinden seien nicht z.B. der Vogelsbergkreis. Die Professorin für Berufspädagogik und Didaktik der Arbeitslehre an der Justus-Liebig-Universität in Gießen wies auf die unterschiedlichsten demografischen Entwicklungen hin und forderte, gerade Niedrigqualifizierte weiter zu qualifizieren, da sie sonst aus dem Arbeitsprozess herauszufallen drohten. Überhaupt bestehe „im Bildungssystem nach wie vor eine soziale Selektion“. Gleichzeitig wüchsen aber auch die Ansprüche an geeignete Bewerber/innen. Hier müsse man eine vernünftige Balance im Ausbildungsprozess finden, und vor allem für die systemisch angelegte Berufsorientierung in



der Sekundarstufe I gelte es, diese pädagogisch breit anzulegen.

Nach der Mittagspause stellte **Frank Sauerland als zuständiger Leiter der Akademie für Lehrerbildung und Personalentwicklung im Landesschulamt** die Hilfestellung des Landesschulamtes für die Berufsorientierung in den Schulen in Hessen für die von den Universitäten ausgebildeten und für die schon in den Schulen arbeitenden Lehrkräfte dar. Dabei wurden drängende Fragen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften im Kontext zur Berufsorientierung in den Schulen des Landes deutlich.

Nach diesen Ausführungen stellte **Petra Krüger als Mitarbeiterin des HKM** die Überlegungen und Planungen zur Mittelstufenschule in Hessen vor. An 27 Standorten ist die Mittelstufenschule in Hessen vorgesehen. Beginnen soll der berufsorientierende Unterricht, der in Kooperation mit beruflichen Schulen und der Nutzung von deren Werkstätten und Einrichtungen stattfinden soll, ab 2015 und dann zuerst in der Jahrgangsstufe 8. Folgen werden dann unterschiedliche berufsorientierende Phasen in der Jahrgangsstufe 9 und 10, die sich jeweils durch den Prozess hin zu einem Hauptschul- oder Realschulabschluss unterscheiden.

Der Schulleiter der gewerblichen Schule in Dillenburg, **Paul Allhäuser**, stellte im Anschluss an diesen Vortrag das in 2012 durch den Innovationspreis der VHU gewürdigte Modell der vertieften Berufsorientierung vor.

Mit plastischen Beispielen machte er die erfolgreiche Kooperation mit allgemeinbildenden Schulen in der Dillenburg-Region und die Vermittlung einer qualifizierten berufsorientierenden Erkenntnisgewinnung für die Schüler/innen der allgemeinbildenden Schule deutlich. Hierbei stand nicht nur im Vordergrund die handlungsorientierte Projektarbeit in unterschiedlichsten Berufsfeldern, sondern zugleich eine unterstützende und teambezogene Lehrerverarbeit von Hauptschullehrkräften und Fachkräften aus den beruflichen Schulen. Dafür, so Paul Allhäuser, müsse es aber auch Personalressourcen geben, die das HKM bei der geplanten Mittelstufenschule gezielt zur Verfügung stellen müsse.

Das Symposium „Berufsorientierung“ endete mit einer **Podiumsdiskussion** zum Thema: „Welche Bedeutung haben die beruflichen Schulen für eine erfolgreiche Berufsorientierung an den allgemein bildenden Schulen?“ Moderiert wurde diese Diskussionsrunde von Jaqueline Vogt von der FAZ. An dieser Podiumsdiskussion nahmen teil: Mathias Körner (DGB); Ralf Becker (GEW); Charlotte Venema (vhu); Friedrich Rixecker (IHK); Robert Herth (BBA der HK Rhein-Main); Thomas Hesse (Schulleiter Mittelstufenschule Marburg) und Paul Allhäuser (Gewerbliche Schule Dillenburg).

Die Podiumsdiskussion zentrierte sich insbesondere auf den demografisch verursachten – mit unterschiedlichsten regionalen Auswirkungen –

Facharbeitermangel in den kommenden Jahrzehnten, dem es zielgerichtet – auch durch eine Veränderung im „Übergangssystem“ der beruflichen Schulen – entgegenzusteuern gelte. Und dabei müsse man ebenso wahrnehmen, dass hierfür eine systematisch betriebene und pädagogisch ausgerichtete berufliche Orientierung für die jungen Menschen in der Sekundarstufe I zwingend erforderlich wäre. Dass es bei einer Diskussion zwischen Fachleuten aus der hessischen Unternehmerschaft, des DGB, der Kammern und ihren Berufsbildungsausschüssen sowie engagierten Schulleitern aus einer Mittelstufenschule und einer gewerblichen beruflichen Schule und dem Vertreter der GEW über diese Fragen auch kontrovers zugeht, zeigten die unterschiedlichsten schulischen und pädagogischen Wahrnehmungen der im Bildungsprozess wirkenden Akteure in der Arbeits- und Ausbildungswelt sehr deutlich.

Dies bestätigte auch die anschließende **Öffnung der Diskussion in das Plenum** hinein. Einig waren sich alle Pädagogen und die Vertreter/innen der Verbände in ihrer Einschätzung, dass eine profunde Berufsorientierung entscheidenden Einfluss auf die Karriere der Jugendlichen hat. Wenn bereits bei der Orientierung Fehler gemacht werden darf man sich über schlechte Abschlüsse und Abbrüche in der Berufsausbildung nicht wundern.

*Norbert Herlein/Aaron Löwenbein*





# hprll

Die Frage, wer entscheidet in welchem Rahmen über die 105% und was bedeutet in diesem Zusammenhang Selbstständigkeit, war zentraler Diskussionspunkt im HPRLL (vergl. Artikel in dieser Ausgabe). Im Bereich berufliche Schulen waren die „gestufte Berufsfachschule“ und die Zukunft von EIBE auf der Tagesordnung.

## Referendareinstellung zum 1. November

Auch zum 1.11. zeichnet sich wieder ab, dass Plätze an den Studienseminaren leer bleiben. Genaue Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Dies hat Auswirkungen auf die Arbeit an den Studienseminaren, da die Zuweisung für die Studienseminare sich nach den LiV-Zahlen richtet. Aber insbesondere die Schulen haben Probleme Lehrkräfte zu finden. Was nutzt eine 105% Zuweisung, wenn noch nicht einmal Lehrkräfte da sind, um 100% qualifiziert sicher zu stellen. Hier ist ein wichtiges Aufgabenfeld für die zukünftige Landesregierung. Aber auch die GEW muss weitergehende Überlegungen anstellen, wie der Nachwuchsmangel in Beruflichen Schulen längerfristig zu beheben ist.

## „Gestufte Berufsfachschule“ und EIBE

Am 6. September 2013 fand in Fulda die Kickoffveranstaltung zum Modellversuch zur „gestuften Berufsfachschule“ statt, Anfang Oktober be-

antwortet die Dienststelle die noch offenen Fragen.

Die bisherige Ausrichtung der Berufsfachschule auf eine Berufsrichtung und auf Anerkennung des Fachanteils als erstes Jahr der Ausbildung soll im ersten Jahr ersetzt werden durch eine fachrichtungsbezogene (z.B. Technik) Berufsvorbereitung mit höherem Fachpraxisanteil und Qualifizierungsbausteinen in unterschiedlichen Berufsfeldern. Das zweite Jahr soll dann schwerpunktmäßig dem Erwerb des mittleren Abschlusses dienen.

### Personalräteschulung SBS 2. und 3.12. in Weilburg

Veranstaltungsnummer: 50690149  
Anmeldung unter: [http://verwaltung.hessen.de/irj/HKM\\_Internet?cid=8c63540e51f8577868c17645ed83420a](http://verwaltung.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=8c63540e51f8577868c17645ed83420a)

Die Eduard-Stieler-Schule Fulda bearbeitet die Fachrichtungen Gesundheit und Pflege sowie Hauswirtschaft und Ernährung. Die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Schule in Fritzlar konzentriert sich auf die Fachrichtung Wirtschaft. Die Ludwig-Geißler-Schule in Hanau bearbeitet die Fachrichtung Technik. Erstaunlich sind die Gruppengrößen, Klassenverbände soll es nicht mehr geben. An der Eduard-Stieler-Schule werden 3 Gruppen mit 24 SuS und eine Gruppe mit 14 SuS eingerichtet. Die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Schule arbeitet mit 2 Gruppen mit jeweils 15 SuS. Die Ludwig-Geißler-Schule hat 8 Lerngruppen mit 12 SuS. Anscheinend werden nur

so viele SuS aufgenommen, dass diese Teilung passt, und die Schulen müssen das aus den 105% finanzieren. Das Ministerium deutet in der Erörterung an, dass eine flächendeckende Umsetzung nur mit geänderter Rahmenstundentafel und Klassengröße möglich ist.

An der Ludwig-Geißler-Schule sollen im Fachbereich Technik im ersten Jahr alle SuS die vier Berufsfelder Chemie, Metall, Elektro und Holz durchlaufen und dabei im Unterricht und im anschließenden Orientierungspraktikum Qualibausteine erwerben. Danach schließt sich ein Fachpraktikum an. Im allgemeinbildenden Teil soll es ein differenziertes Kursangebot geben. Das erste Jahr wird durch Ausbildungsberatung der Bundesagentur für Arbeit und der Kammern begleitet. Der Übergang ins zweite Jahr erfolgt durch Versetzung entsprechend der gültigen Verordnung. Zur Förderung sieht das LGS-Konzept ein Team aus Lehrkräften und Sozialpädagogen vor. Das HKM betonte, dass keine Zuweisung für sozialpädagogische Förderung seitens des Landes vorgesehen sei. An der LGS werden die Sozialpädagoginnen und -pädagogen durch den Schulträger finanziert.

In diesem Zusammenhang wies das HKM darauf hin, dass für die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (EIBE) auch in Zukunft eine sozialpädagogische Förderung seitens des Landes im Rahmen der EU-Förderung vorgesehen sei. Konkreter wurde das HKM aber nicht.

Ralf Becker

# KOMPETENZORIENTIERT UNTERRICHTEN -

## LERNAUFGABE „SPANNUNGSVERSORGUNG EINES BAUWAGENS“

### Vorwort

In jedem Rahmenlehrplan für berufliche Bildungsgänge steht seit der Vereinbarung der KMK (1996) zur Gestaltung beruflicher Bildungsprozesse nach dem Lernfeldkonzept, dass die Auszubildenden zu befähigen sind, die Arbeitswelt und die Gesellschaft in sozialer und ökologischer Verantwortung mit zu gestalten. Die Schwierigkeiten, die die Koordinatoren des Berufsfeldes Elektrotechnik (Lehrer, Funktionsträger, Fachleiter) mit der Implementierung und Umsetzung dieser innovativen Leitidee hatten, gaben den Ausschlag für den ersten KOMET-Modellversuch in Hessen (HKM 2010).

Auf der Grundlage eines Kompetenz- und Messmodells können erstmalig berufliche Kompetenzen inhaltlich

### 1. Zum Kompetenzmodell

Lernaufgaben im Sinne des Lernfeldkonzeptes zielen auf die Entwicklung beruflicher Gestaltungskompetenz. Die drei Dimensionen des KOMET-Kompetenzmodells haben sich dazu als eine hervorragende Grundlage erwiesen: Handlungsdimension (Vollständige Arbeits- und Lernhandlung), Inhaltsdimension (Lernbereiche: Anfänger- bis Könneraufgaben) und Anforderungsdimension (Kompetenzniveaus).

Berufliche Kompetenzen begründen sich durch die Beachtung der Kriterien, die zur fachgerechten Bearbeitung und Lösung beruflicher Arbeitsaufgaben notwendig sind. Diese Kriterien entsprechen den Kompetenzkriterien des Kompetenzmodells mit sei-

### 2. Lernaufgabe „Spannungsversorgung eines Bauwagens“

#### 2.1 Zur Lernaufgabe

Am Beispiel der Lernaufgabe „Spannungsversorgung eines Bauwagens“ soll aufgezeigt werden, wie das Konzept der holistischen Aufgabenlösung didaktisch umgesetzt werden kann. Die Aufgabe wurde für die unterrichtliche Umsetzung im ersten (und/oder zweiten) Lehrjahr zum/zur Elektroniker/in der Industrie- und Handwerksberufe entwickelt. Die Situationsbeschreibung der Aufgabe stellt den Bezug zu einem beruflichen Handlungskontext her und definiert das Handlungsziel. Auf Grund der Heterogenität in den Berufsschulklassen werden drei Formen von Aufgabenstellungen

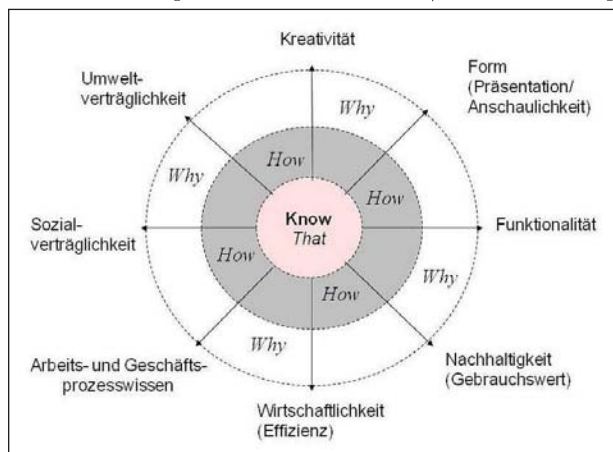


Abb. 1: Profilardstellung der Kompetenzkriterien mit Arbeitsprozesswissen (Rauner/Heinemann u.a. 2011, S. 22)

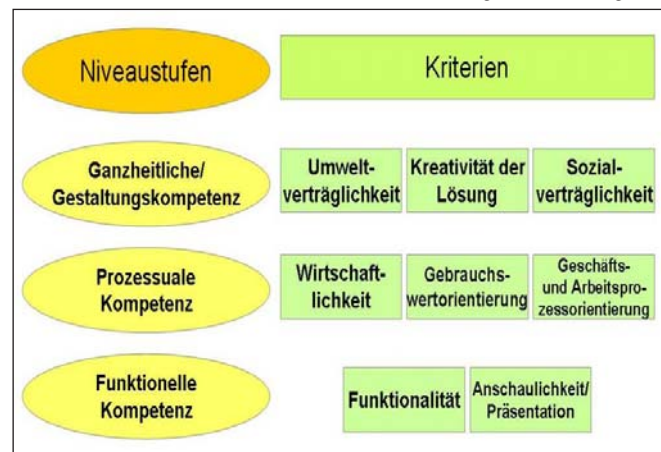


Abb. 2: Niveaus und Kriterien beruflicher Kompetenz (Rauner u. a. 2011, S. 56)

valide und mit einer nicht erwarteten Genauigkeit gemessen und im Sinne des Lernfeldkonzeptes entwickelt werden.

Beispielhaft wird folgend eine dabei entwickelte Lernaufgabe gezeigt. Dieser Aufsatz bezieht sich somit auch auf die Beiträge im Insider seit 2009 (Heft 2/2009; 1/2012; 2/2012; 4/2012).

nen drei Niveaustufen. Den Kompetenzniveaustufen der Anforderungsdimension sind acht Kompetenzkriterien zugeordnet (HKM 2010; Rauner u. a. 2009a, 2009b, 2011). Es lassen sich Kompetenzprofile (Abb. 1) und Kompetenzniveaus (Abb. 2) unterscheiden. Die Darstellung des Kompetenzprofils durch ein Netzdiagramm zeigt direkt die Kompetenzausprägung.

zur beruflichen Handlungssituation mit zunehmender Hilfestellung bei der Bearbeitung entwickelt. Leistungsstärkere Schüler erhalten die Situationsbeschreibung als gestaltungsoffene Projektauftrag. Leistungsschwächere Schüler orientieren sich bei der Bearbeitung an differenzierten Aufgabenstellungen und Schüler mittlerer Leistungsstärke bearbeiten handlungsorientierte Aufträge. Dies ermöglicht

eine Binnendifferenzierung nach dem Leistungsvermögen in der Klasse.

Folgend wird die Situationsbeschreibung der Lernaufgabe vorgestellt, die alle Schüler erhalten. Sie stellt zu-

gleich auch die Projektform der Lernaufgabe für leistungsstarke Schüler dar.

## LERNAUFGABE „SPANNUNGSVERSORGUNG EINES BAUWAGENS“

### Situationsbeschreibung



Als Sozialraum für die Bauarbeiter eines Zweifamilienhauses wird ein Bauwagen eingesetzt, der von März bis Dezember auf der Baustelle verbleibt.

Der Nachbar bietet an, dass die Spannungsversorgung des Bauwagens von seinem 80m entfernten Haus erfolgen kann. Als Anschlusspunkt steht eine Wechsellspannungssteckdose zur Verfügung. Im Bauwagen befindet sich eine 4fach-Steckdosenableitung (Nennspannung 230V/50Hz, 16A), an die eine Schreibtischlampe (Glühlampe, Nennleistung 60W) und eine Elektroheizung (Nennspannung 230V/2000W) angeschlossen werden soll.

### Aufgabenstellung

Erarbeiten Sie bitte eine Lösungsmöglichkeit, die Sie Ihrem Meister vorlegen und begründen Sie diese umfassend und detailliert. Stellen Sie anhand praxisbezogener Unterlagen Ihre Konzeption dar! Falls Sie noch zusätzliche Fragen an z. B. den Auftraggeber oder die Nutzer haben, schreiben Sie diese bitte zur Vorbereitung von Abstimmungsgesprächen auf!

### 2.2 Leitlinien zur Entwicklung der Lernaufgabe

Im Lehrerteam wurde gemeinsam die Lernaufgabe für die Elektroniker/innen des ersten Ausbildungsjahres entwickelt. Deshalb bezieht sie sich auf die Zielformulierungen und Inhalte von Lernfeld 1, Lernfeld 2 und auch Lernfeld 5 der Elektroniker/innen für Betriebstechnik und für Geräte und Systeme.

Jede Aufgabe umfasst die Situationsbeschreibung und einen konkreten Auftrag. Das Lehrerteam hat in der Situationsbeschreibung des „Bauwagens“ ein reales Problem der beruflichen Arbeitspraxis, den Aspekt der elektrischen Energieversorgung und die damit zusammenhängenden Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen, aufgegriffen.

Die Aufgabe beinhaltet charakteristische berufliche Arbeitsinhalte (z.B. technische Zusammenhänge darstellen, Leitungsdimensionierung, Normen und Vorschriften beachten, dokumentieren,

Wirtschaftlichkeit, Arbeitssicherheit und Umweltschutz beachten) und die darauf bezogenen Ausbildungsziele.

Die Schüler beschäftigen sich nicht nur mit den physikalisch-technischen Eigenschaften der Aufgabe, sondern insbesondere mit den berufstypischen Anforderungen. Dabei wird ein relativ großer berufsspezifischer Gestaltungsspielraum abgesteckt. Neben unterschiedlichen technischen Lösungen und der Beachtung technischer Zusammenhänge und deren richtige Darstellung (z.B. Personen-, Anlagen- und Geräteschutz, VDE, TAB) beinhaltet die Aufgabe Aspekte zum Arbeits- und Geschäftsprozess (z.B. Arbeitsplanung, Baustromverteiler), zur Wirtschaftlichkeit (z.B. Verlustleistung), zur Umweltverträglichkeit (z.B. Art der Leuchte), zur Sozialverträglichkeit (z.B. Arbeitssicherheit) und zum Gebrauchswert. Die Lösung der Aufgabe erfordert also nicht nur fachlich-instrumentelle Kompetenzen, sondern berücksichtigt alle Kompetenzkriterien. Damit

werden mehrere anforderungsbezogene Lösungsvarianten unterschiedlicher Tiefe und Breite ermöglicht. Dies entspricht der beruflichen Wirklichkeit, denn berufliche Aufgaben sind grundsätzlich gestaltungsoffen.

Zur Bearbeitung der Lernaufgabe wird von den Lernenden ein berufstypisches Vorgehen gefordert. Es müssen beispielsweise bei Montage-, Installations- und Konfigurationsarbeiten Bau- und Sicherheitsvorschriften beachtet werden. Es sind Materialien und Betriebsmittel auszuwählen, Messungen zu planen und durchzuführen sowie die Inbetriebnahme und Übergabe der Anlage, incl. aller Dokumente, vorzubereiten.

Dies bedeutet, dass sich die Schüler bei ihrer Lösung der Aufgabe nicht zwingend nur auf den planerisch-konzeptionellen Aspekt beschränken müssen. Sie haben auch die Möglichkeit, ihre Lösung praktisch in einem Fachraum der Berufsschule oder im Rahmen der Lernortkooperation im Betrieb zu realisieren oder experimentell



zu erproben. Die Handlungssituation der Lernaufgabe soll die Lernenden in ihrer beruflichen Entwicklung herausfordern, die Aufgabe im Sinne beruflicher Professionalität zu lösen, zu dokumentieren und zu begründen.

Dabei wird keine Lösung ausgeschlossen, auch wenn sie unvollständig ist, denn in jeder Lösung stecken Ansätze, die mit entsprechenden Hinweisen und Impulsen weiter entwickelt werden können (z.B. Schüler beobachten, dass beim Zuschalten der Heizung die Schreibtischlampe dunkler wird und schlussfolgert, dass dies mit der Leitung zusammenhängt, aber sein Dimensionierungsvorschlag ist fehlerhaft).

Ein Kollege kommentierte abschließend diese Lernaufgabe so: „Ich komme vom Bau und diese Situation ist absolut realistisch.“

### 2.3 Strukturen der Lernaufgabe

Die Lernaufgabe kann durch die weitere Ausdifferenzierung der Situationsbeschreibung zur individuellen Förderung der Auszubildenden durch Binnen-

differenzierung eingesetzt werden. Die Konstruktionsmerkmale für die Erstellung der Aufgabenformen zur Binnendifferenzierung (Projektauftrag für leistungsstärkere Schüler, Aufgabenstellungen für Schüler mittlerer Leistungsstärke, Aufgaben für leistungsschwächere Schüler) nach Katzenmeyer u.a. (2009) und die Untersetzung des Projektauftrags „Spannungsversorgung eines Bauwagens“ in handlungsorientierte Aufträge und differenzierte Aufgabenstellungen entsprechend der vollständigen Arbeitshandlung können mit der gesamten Aufgabe und diesem Aufsatz vom hessischen Bildungserver unter <http://berufliche.bildung.hessen.de/komet> heruntergeladen werden. Zudem wurde das KOMET-Aufgabenkonzept im Insider 2012, Heft 2 auf den Seiten 26 und 27 dargestellt.

Für die Lernaufgabe wird ein Lösungsraum erstellt, der Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich der Kompetenzkriterien des Kompetenzmodells exemplarisch darstellt. Der Lösungsraum beleuchtet die unterschiedlichen

Kompetenzaspekte, sodass die Lehrkräfte für den Unterrichtseinsatz der Lernaufgaben unterstützt werden.

### Ausblick

In der nächsten Ausgabe des *iN-SIDERS* wird dieser Beitrag fortgesetzt und dargestellt, wie der Unterricht durch die Selbstevaluation der Lösungsvorschläge weiterentwickelt werden kann.

### Literaturhinweise

- ◆ HKM (2010): Hessisches Kultusministerium: Berufliche Kompetenzen messen – Das Projekt KOMET (Elektroniker) des Bundeslandes Hessen – Abschlussbericht: [http://www.ibb.uni-bremen.de/fileadmin/user/Aktuelles/Abschlussbericht\\_KOMET\\_Hessen.pdf](http://www.ibb.uni-bremen.de/fileadmin/user/Aktuelles/Abschlussbericht_KOMET_Hessen.pdf)
- ◆ Rauner, F. u. a. (Hrsg.) (2009a): Messen beruflicher Kompetenzen. Band I: Grundlagen und Konzeption des KOMET-Projektes. Münster
- ◆ Rauner, F. u. a. (Hrsg.) (2009b): Messen beruflicher Kompetenzen. Band II: Ergebnisse KOMET 2008. Münster
- ◆ Rauner, F./Heinemann, L. (2011): Begründungsrahmen für ein Kompetenzmodell beruflicher Bildung. In: Rauner, F./Heinemann, L./Maurer, A./Ji, L./Zhao, Z. (Hrsg.): Messen beruflicher Kompetenzen. Band III: Drei Jahre KOMET-Testerfahrung. Münster

**Hubacek, Gerald** *Abteilungsleiter, Merck-Schule Darmstadt (HEMS)*

## ☺ Das Land des Lächelns ☺

Nun lächeln sie wieder, alle waren wieder da, die man Jahre nicht gesehen hat, die Köpfe der Republik, aufgereiht auf den Laternenmasten. Manche verlassen sich auf ihren unwiderstehlichen Charme, andere scheinen auch etwas zu sagen. Weil man aber zur gleichen Zeit nichts sagen kann, während man lächelt, steht es darunter. *Politik ohne Alternative* (Merkel), das war gestern. *Bei dieser Wahl ist was zu wählen* beeilt sich da Die Alternative für Deutschland zu widersprechen. Die Grünen dagegen glauben an die Veränderbarkeit des Subjekts. *Die Energiewende ist machbar – und Du?* Heike Hoffmann von der SPD zeigt dagegen Zähne – *Gerechtigkeit macht stark* verkündet sie - mit blendax weißem Lächeln. Realistischer sind da Die Freien Wähler. Sie beherzigen, was auf dem Nachbarplakat der CDU zu lesen ist: *Gemeinsam sind wir stark*. So präsentieren sich Die Neue(n) Helden für Hessen im Gruppenbild – ohne

Dame. Die Freien Demokraten machen ihrer Herkunft als ehemalige Bildungspartei alle Ehre, sie haben nämlich gelernt, was ein Superlativ ist: *Vielfalt, Gerechtigkeit, Hahn* zum Beispiel. Ein Parteigenosse eifert ihm nach. *Wirtschaft, Arbeitsplätze, Rentsch*. Da möchte die CDU gegenüber ihrem Juniorpartner nicht zurückbleiben, sie dichtet gleich im 4er Komparativ: *kraftvoll, konsequent, kompetent, Jürgen Bauer*. Bei so viel Zuversicht und Power bleibt der eingeschüchterten Linken nichts anders übrig, als ihr Tafelsilber zu verscherbeln. *Revolution, Nein, einfach...- Zugreifen, Alt-68er! - für 1050 € Mindestrente* günstig zu haben.

Nein, wir sind ja auch nicht in Syrien. Leiharbeit, Löhne unterm Existenzminimum, anhaltende Ausbildungsmisere, Verkehrschaos, Verschuldung: Wehe den Parteien, wenn sie etwas dazu gesagt hätten, wir würden sie daran messen. Sie haben es nicht? Der Zirkus geht weiter. Smile. Träumen, Lachen, Staunen.

**Ernst Hilmer**

In der letzten Ausgabe haben die Hauptprotagonisten von Hessencampus (HC) ihre Wahrnehmung des Modells und dessen Entwicklung dargestellt. In diesem Artikel soll es darum gehen, den gewerkschaftlichen Blick auf die Bildung im Erwachsenenalter, die Rolle von Hessencampus in diesem Bildungsbereich und die politische Auseinandersetzung darum darzustellen. Anschließend betrachtet Gabriele Botte, Leiterin der vhs Offenbach, die HC-Entwicklung aus dem spezifischen Blickwinkel einer der ersten Regionen.

## HESSENCAMPUS – KEIN GROSSER WURF!

Für die Hessische Landesregierung ist Hessencampus ihr Beitrag zur Lösung von Problemen bei der Bildung im Erwachsenenalter. Der folgende gewerkschaftliche Blick darauf stellt die GEW Position an den Anfang und wirft vor einer abschließenden Wertung einen kritischen Blick auf die Rahmenbedingungen, die Beratungsaktivitäten und die Bildungsangebote von Hessencampus.

### GEW-Position

Die gewerkschaftliche Positionierung zum Thema findet in der Auseinandersetzung mit den politischen Vorgaben insbesondere der EU und ihrer Konzeption des „Lebenslangen Lernens“ statt. Während die EU einer marktförmigen Organisation der Weiterbildung das Wort redet, fordert die GEW eine staatliche Verantwortung für diesen Bereich. Dies impliziert, dass staatliche Bildungsinstitutionen erhalten und ausgebaut werden müssen. Im Gegensatz zur EU Strategie zum „Lebenslangen Lernen“, das Menschen auf Humanressourcen reduziert, die sich und ihre Bildungsbiographie den kapitalistischen Verwertungsinteressen unterzuordnen haben, spricht die GEW von BILDUNG im Erwachsenenalter, was kritische Reflexion und Gestaltungskompetenz von Gesellschaft und Arbeitswelt beinhaltet.

### Rahmenbedingungen

Das erste Papier, das von der Landesregierung zum Thema vorgelegt wurde, sah vor, dass die staatlichen Bildungseinrichtungen, Berufliche Schulen, Schulen für Erwachsene und Volkshochschulen, gemeinsam mit regionalen privaten Weiterbildungsanbietern zu „betriebsförmig organisierten, integrierten Bildungsdienstleistern“ entwickelt werden. Dies hätte bedeutet, dass diese Institutionen zusammengelegt und wie ein Betrieb am Markt organisiert werden sollten. Der von der GEW getragene massive Widerstand von Kolleg/innen und Einrichtungen führte dazu, dass 2011 Hessencampus im Weiterbildungsgesetz als „regionale Verbünde“ der staatlichen Bildungseinrichtungen definiert wurde. Die Verbünde werden ausschließlich durch Kooperationsvereinbarungen organisiert. Zu diesem Gesinnungswandel hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass durch die Arbeit in den Steuergruppen die Akteure erkannt haben, dass die verschiedenen Institutionen unterschiedliche innere Verhältnisse und pädagogische Herangehensweisen haben, die nicht in einer Institution zusammenzuführen sind. Zudem hatte der vom Kultusministerium initiierte Massentourismus von Schulleiterinnen und Schulleitern nach Wisconsin nicht die erhoffte

Wirkung gezeigt. Die Möglichkeiten und Ausstattungen der dortigen Technical Colleges wurden zwar bestaunt, aber es wurde auch überaus deutlich, dass diese Einrichtungen in einer ganz anderen Art der Organisation beruflicher Bildung ihre Quelle haben. Zur Schaffung von Technical Colleges wäre eine Abkehr von der dualen Berufsausbildung, wie wir sie kennen, eine Voraussetzung. In der aktuellen Diskussion wird aber eher eine Stärkung der dualen Ausbildung angemahnt.

Nach dem Motto, mit Speck fängt man Mäuse, bekamen die ersten Initiativen zum Aufbau von HC noch jeweils 200.000 € pro Jahr vom Land Hessen. Dieser Betrag wurde mit dem Hinzunehmen weiterer Regionen Jahr für Jahr gekürzt. 2013 und 2014 erhält jeder Hessencampus im Regelbetrieb vom Land Geld im Umfang einer halben Stelle (rd. 25.000 € pro Jahr) aus der Stellenzuweisung für die Schulen. Weitere Mittel kommen von den Schulträgern, allerdings in recht unterschiedlicher Höhe, je nach Finanzkraft und regionaler Bedeutsamkeit. Auch einige in HC aktive Berufliche Schulen steuern etwas aus ihren 105% bei.

### Bildungsberatung

Wegen der fast ausschließlichen marktförmigen und privaten Or-

ganisation des Weiterbildungsbereichs ist die Einrichtung einer anbieterunabhängigen Weiterbildungsberatung unabhängig. Weiterbildungsberatung findet zwar statt, aber zumeist bei vielen unterschiedlichen Organisationen, in zweifelhafter Qualität und von Organisationen mit starkem Eigeninteresse, ihre Weiterbildungsangebote voll zu bekommen. Die GEW fordert eine anbieterunabhängige Weiterbildungsberatung mit dafür ausgebildeten Beratungskräften als erste und zentrale Anlaufstelle der Menschen in einer Region.

Hessencampus hat einen Schwerpunkt in der Beratung, im Grundsatzpapier von HC zur Beratung sind viele Positionen der GEW zu finden. Die Wirklichkeit von Hessencampus-Beratung ist davon aber weit entfernt. Da der Kooperationsverbund Hessencampus von Weiterbildungsanbietern getragen wird, ist eine anbieterunabhängige Beratung schwer vorstellbar. Die Ressourcen für Hessencampus sind im Vergleich zum Bedarf für Weiterbildungsberatung ein Tropfen auf den heißen Stein. Es gibt zwar keine wissenschaftlichen Belege für den Bekanntheitsgrad von HC, der dürfte aber im Vergleich zu VHS, IHK usw. verschwindend gering sein, weswegen sich Hessencampus nicht als zentrale Anlaufstelle eignet. Abschließend ist zu vermerken, dass mit Hessencampus-Beratung ein weiteres zusätzliches Beratungsangebot geschaffen wurde, das den Wirrwarr in diesem Bereich nicht regelt, sondern nur noch vergrößert.

### Bildungsangebote

Wegen der geringen Ressourcen kann man sich vorstellen, dass das Angebot von HC äußerst spärlich ist. Ein Ziel von Hessencampus ist es, über den bisherigen staatlichen Bildungsauftrag hinaus die Weiterbildungsbeteiligung in der Region zu erhöhen, insbesondere bei den Menschen, die sich bisher nicht an Weiterbildung beteiligten. Ein Schwerpunkt der Ange-

bote von Hessencampus ist Alphabetisierung. Dass jemand Lesen und Schreiben kann, gehört in den staatlichen Bildungsauftrag und sollte nicht von einem semistaatlichen Konstrukt wie HC bearbeitet werden. Die meisten anderen Fortbildungsangebote richten sich an pädagogische Fachkräfte der HC-Träger. Das Land Hessen hat die Fortbildung der Lehrkräfte auf ein Minimum zusammengekürzt. Dass HC versucht, diese Lücke etwas zu füllen, was verständlich, aber nicht eigentliches Ziel von Hessencampus ist.

Darüber hinaus sind in jedem Hessencampus Selbstlernzentren eingerichtet worden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Computerarbeitsplätze, an denen unterschiedliche Lernsoftwares verfügbar sind.

All diese Bildungsangebote sind notwendig, aber dafür braucht es keine zusätzliche Organisation wie Hessencampus. Die Alphabetisierung von Erwachsenen muss durch staatliche Programme und Bildungseinrichtungen organisiert werden, Fortbildungen für Lehrkräfte ist die Aufgabe des Dienstherrn und Selbstlernzentren können an jeder Volkshochschule eingerichtet werden.

### Fazit

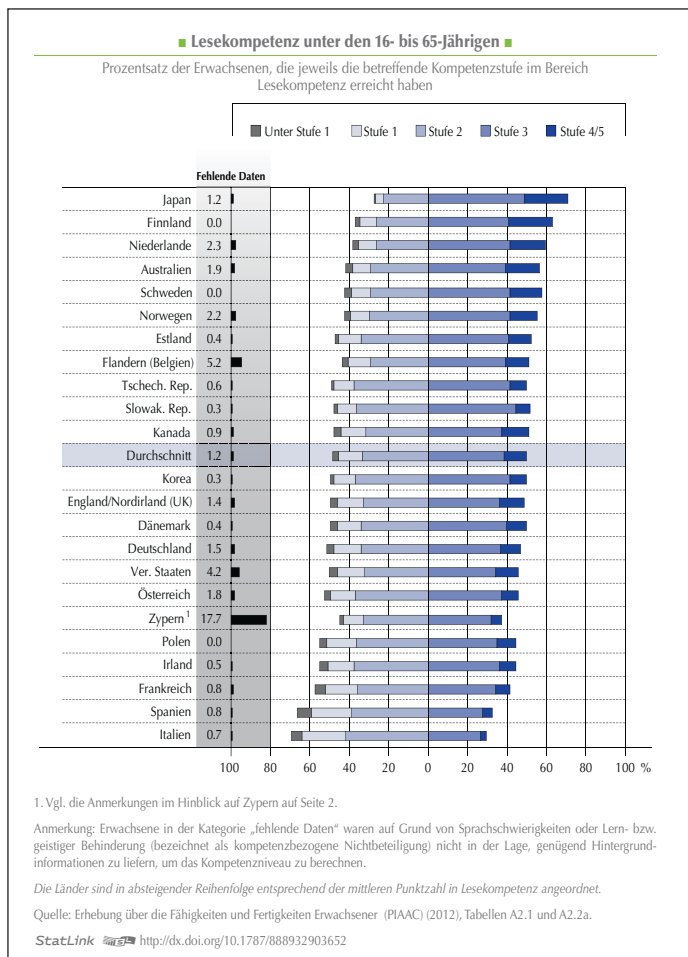
Durch gewerkschaftlichen Protest wurde der Versuch, aus staatlich/kommunalen Einrichtungen „betriebsförmig organisierte, integrierte Bildungsdienstleister“ zu schaffen, verhindert. Berufliche Schulen, Schulen für Erwachsene und Volkshochschulen bleiben (vorerst!?) eigenständige und staatlich verantwortete Bildungseinrichtungen.

Wie bei der „Selbstständigen Schule“ wird auch

bei Hessencampus sehr viel heiße Luft produziert. Dies verhindert nicht nur die Suche nach einer Lösung für staatliche Verantwortung für die Bildung im Erwachsenenalter, sondern diskreditiert auch die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, die mit guten Absichten bei Hessencampus mitgearbeitet hatten und noch mitarbeiten.

Zur Förderung der Bildung im Erwachsenenalter sind große Würfe notwendig, die nicht aus der Stellenzuweisung für Schulen finanziert werden können, sondern durch eine gesetzlich festgelegte und zusätzliche Finanzierung abgesichert werden müssen. Ein Beispiel für eine umfassendere Regelung der staatlichen Verantwortung für die Bildung im Erwachsenenalter ist die schon in der 50er Jahren gesetzlich errichtete Arbeitskammer des Saarlandes, die in der nächsten Ausgabe des *Insiders* vorgestellt wird.

Ralf Becker





# HC AUS SICHT EINER BETROFFENEN DER ERSTEN STUNDE

Mit der Verankerung von Hessen-Campus im Hessischen Weiterbildungsgesetz und im Hessischen Schulgesetz sowie dem Abschluss der ersten Kooperationsvereinbarungen, die regionale HC in den Regelbetrieb überführen ist auf jeden Fall ein Wendepunkt erreicht, der zu Rückblick und Ausblick gleichermaßen auffordert. Ich selbst bin von Anfang an am Aufbau des HC in Offenbach beteiligt und auch im Sprecherkreis auf Landesebene.

In einer Stadt, die finanziell seit jeher notleidend ist, und in der die Notwendigkeit zusätzlicher Bildungsanstrengungen für die Bevölkerung, insbesondere bildungsferne Gruppen, nicht in Frage steht, war die Aussicht auf zusätzliche Mittel für Weiterbildung Grund genug, dass sich die kommunale Volkshochschule und damit die Stadt Offenbach als eine der ersten Kommunen für das später Hessen-Campus benannte Projekt interessierte und sich beteiligte. Nach jahrelangem Stillstand und skandalösem Rückzug des Landes aus der Finanzierung der Volkshochschulen kam erstmals hier wieder etwas in Bewegung (Zum Vergleich: Der Landeszuschuss für die gesamte kommunale Volkshochschule beläuft sich auf weniger als 100.000 EUR, die Aufbauförderung für HC versprach jährlich zunächst 200.000 EUR!, wurde aber dann nach unten gefahren). Und angesichts dessen war es für mich als vhs-Leitung geradezu selbstverständlich, sich an der dargebotenen Möglichkeit zur Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft zu beteiligen und dies zu initiieren.

Längst hatten auch die Berufsschulen, zumindest die beiden, die sich an SV+ beteiligten, Weiterbildung als erstrebenswertes Betätigungsfeld ent-

deckt. Aus Wisconsin waren sie damals begeistert zurückgekehrt, vor allem davon, dass in den Technical Colleges dort alles aus einer Hand, alles an einem Ort vorgehalten wurde, von der Beratung, der Ausbildung über die Weiterbildung sogar bis hin zur Jobvermittlung. Der Aufbau von Zentren für Bildung, Beratung und Weiterbildung schien als durchaus erstrebenswertes Ziel.

Sicher waren unsere Motive auch verschieden, genauso wie es die Institutionen zunächst sind. Aber von Anfang an wurde immer wieder kommuniziert, dass nicht die Eigeninteressen der Institutionen überwiegen sollten, sondern es wurde der gemeinsamen Überzeugung Ausdruck verliehen, dass es darum gehe, für die Menschen und die Stadt neue Chancen zu erschließen.

Auch über die so genannte „Entwicklungspartnerschaft“, die wir ja alle unterschrieben hatten, wurde lange diskutiert. Natürlich sahen auch wir die kritischen Begrifflichkeiten wie der mittlerweile fast sagenumwobene „integrierte Bildungsdienstleister“, aber wir wollten unser Zentrum lebensbegleitenden Lernens entwickeln und waren uns von Anfang an einig, dass wir uns auf keine Dinge einlassen würden, die unsere Institutionen in Frage stellten oder das Personal „über den Tisch ziehen“ würde. Ganz schnell war – bis heute übrigens – klar, dass wir der besonderen Bevölkerungsstruktur mit extrem hohem Migrantenanteil (dem höchsten in Deutschland) Rechnung tragen und eine qualifizierte Bildungsberatung für Heranwachsende und Erwachsene vorhalten wollten.

Daraus entwickelten sich dann u.a. die Sprachstandserhebungen in Herkunftssprachen oder Deutschförderung an den beteiligten Schu-

len, zum Teil für Seiteneinsteiger. Und vor allem wurde Beratung an beiden Standorten angeboten, deren Berater möglichst professionell ausgebildet wurden und nach einem gemeinsamen potentialorientierten Beratungsverständnis arbeiteten. So entstand im Haus der vhs, die schon bestehende kommunale Weiterbildungsberatungsstelle einbeziehend, im Zentrum der Stadt gelegen, ein niederschwelliges komplettes und professionelles Bildungsberatungsangebot für alle Erwachsenen. Hinzu kamen später Angebote für das Nachholen von Schulabschlüssen über „blended learning“ und weitere Grundbildungs/Alphabetisierungsangebote.

Die Kollegien in den Schulen waren auch in Offenbach zurückhaltend bis skeptisch, manche agitierten auch dagegen, es gab zahlreiche Gespräche mit DGB und GEW, die aber auf der allgemeinen Ebene zu keiner Annäherung oder Einigung führten. Auch IHK und HWK waren zunächst skeptisch, wurden aber über den weiteren Prozess ebenso wie die Arbeitsagentur und das Jobcenter auf dem Laufenden gehalten.

Aber je deutlicher mit den Jahren wurde, dass wir uns wirklich auf die Themen bezogen, die in Offenbach dringlich sind und auch keine „feindlichen Übernahmen“ stattfanden, umso mehr versandete die Kritik, unsere Arbeit nahm ihren Lauf, wurde eigentlich in der Geschwindigkeit eher von dem nur langsamen Prozess auf Landesebene gebremst.

Der Prozess auf Landesebene, vor allem im Sprecherkreis, verlief zunächst eher chaotisch, mühselig, war arbeits- und zeitintensiv. Es ging schließlich um das Aushandeln eines gemeinsamen Selbstverständnisses, gemeinsamer Ziele und Strate-

gien, auch gegenüber der Politik. Eine neue Balance musste gefunden werden. Schließlich baut man Neues ja nicht aus dem Nichts heraus auf, sondern steht in einer historisch konkreten Situation mit den über Jahrzehnte gewachsenen Institutionen und sonstigen Rahmenbedingungen.

Die großen Befürchtungen der „hidden agenda“, die von HKM und wissenschaftlicher Begleitung verfolgt wurde, erwiesen sich im Nachhinein nicht als stimmig. Der Prozess war mitgestaltbar, nicht vorgegeben. Die Grundpositionen, Ziele und Strategien wurden gemeinsam entwickelt, allerdings über einen sehr zeitintensiven Prozess hin mit vielen Verhakungen, Zwischenpositionen und Gesprächen auf allen Ebenen. Die Positionen konfigurierten sich über fast unendliche mehr oder minder konstruktiv-kritische Auseinandersetzungen innerhalb des Sprecherkreises, mit dem HKM, der wissenschaftlichen Begleitung und den mit hineinspielenden Akteuren der „Muttergruppen der Kerninstitutionen“, wie z.B. innerhalb des Hessischen Volkshochschulverbandes, der Arbeitskreise der Berufsschuldirektoren oder der Schulen für Erwachsene, aber auch des Landeskuratoriums für Weiterbildung.

Die Sprecher (jeweils eine Person aus den vorhandenen Kerninstitutionen im Sprecherkreis) haben selbst zahllose Gespräche geführt, mit den Minister/innen (die ja auch häufiger wechselten im Gesamtprozess), den bildungspolitischen Sprechern, Stellung bezogen im kulturpolitischen Ausschuss, im Landeskuratorium usw. Gleichzeitig agierten wir auf der Ebene vor Ort, in den eigenen HC-Steuerungsgruppen und mit der örtlichen Politikebene, die es einzubeziehen und gelegentlich auch zu Interventionen dem Land gegenüber zu gewinnen galt, die abgestimmten Forderungen wurden mit Nachdruck gemeinsam vorgetragen.

Blickt man zurück, so waren die Volkshochschulen zunächst diejenigen, die das „Management“ in der Mehrzahl in die Hand genommen hatten. Das ist unser Geschäft, Projekte stemmen, das sind wir gewohnt. Den Vertretern der Schulen ging es in dieser Phase vor allem darum, auf Augenhöhe in Bezug auf Entscheidungsbefugnisse und Kontraktfähigkeit mit den Volkshochschulen zu kommen. Je mehr das im Laufe des Prozesses gelang, auch durch die Entwicklungen im Bereich SBS und deren bessere Ausstattung, umso mehr geriet die Balance mit den vhs ins Ungleichgewicht, die ja mit extrem kleinen Beschäftigtenzahlen und eben großen Zahlen an Honorarkräften nun allein zahlenmäßig in's Hintertreffen zu geraten schienen.

Wir einigten uns sehr solidarisch darauf, dass ein gutes Zusammenspiel mit Vorteil für Kommune und Bevölkerung nur durch jeweils starke Kerninstitutionen erreicht werden kann, die nicht gegeneinander sondern selbstbewusst und auf die je eigenen Stärken vertrauend und diese einbringend miteinander arbeiten.

Für die **Zukunft von HC**, das nun an der Schwelle zum Regelbetrieb steht, ist dies eine außerordentlich wichtige Grundposition, die Voraussetzung für den weiteren Prozess, so er denn gelingen soll. Dazu gehört auch ganz wesentlich, dass an einem umfassenden Bildungsbegriff festgehalten wird. Nicht nur auf berufliche Bildung und Nachqualifizierung im engeren Sinne dürfen sich die Bildungsanstrengungen von HC beschränken, es muss auch weiterhin um allgemeine Weiterbildung, um Persönlichkeitsentwicklung und Entwicklung allgemeiner Lebensweltkompetenz gehen. Genau dazu ist aber auch die Kooperation der Akteure geeignet. Auch wenn der immer wieder angeführte „Fachkräftemangel“ in einigen Branchen manche Akteure dazu verführen mag, hier allzu leicht Partialziele zu verfol-

gen. Das sage ich in dem Bewusstsein, dass die Eignung von HC als Anbieter von konkreten Weiterbildungsangeboten, insbesondere im Bereich der von den Berufsschulen im Schwerpunkt zu erbringenden Leistungen noch nicht flächendeckend erwiesen ist.

Dementgegen ist die Leistung, erstmals hessenweit qualifizierte Bildungsberatung auf Grundlage eines gemeinsamen Konzeptes nicht nur theoretisch und konzeptionsmäßig erarbeitet zu haben, sondern zu praktizieren, gar nicht hoch genug zu bewerten. In dieser Hinsicht ist mit HessenCampus ein Durchbruch gelungen.

Besonders wichtig erscheint mir auch weiterhin die staatlich-kommunale Partnerschaft, die hier auf Augenhöhe praktiziert wird, wenn auch nur in einem ersten kleinen Nucleus. Für eine vernünftige Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft ist dies notwendig. Für den Bereich Weiterbildung ist mit HC ein gemeinsames Vorgehen der öffentlich verantworteten Bildungsträger mit Respekt voreinander begonnen worden. Die konkrete Ausgestaltung dieser Partnerschaft muss verstärkt vor Ort stattfinden, denn dort entstehen die je spezifischen Probleme, auf die es zu reagieren gilt. Das Gelingen wird gemessen am Gewinn für die Bevölkerung vor Ort, in der Region.

Mit HessenCampus ist eine Keimzelle für gemeinsame abgestimmte Weiterbildungsentwicklung und Bildungsberatung in den Kommunen und Regionen entstanden, und das mit Verankerung in Gesetzen. Als landesweite Verbünde gilt es nun, den übergreifenden Kern aller HessenCampi noch klarer herauszuarbeiten und das Landessystem im Regelbetrieb schlank, zeitsparend und doch verbindlich und verbindend sicher zu stellen. Daran gilt es nun weiter zu arbeiten.

*Gabriele Botte  
vhs-Leiterin in Offenbach a.M.*

Im Februar 2013 besuchten Vertreter/innen des Werkhof Darmstadt e.V. das Berufsbildungszentrum für technische und kaufmännische Berufe LPTIC in Bobo-Dioulasso/Burkina Faso. Nachfolgend der Bericht.

## DER BERUFLICHE UNTERRICHT HAT BEGONNEN

Die Betriebserlaubnis für das Ausbildungs- und Berufsschulzentrum „Lycée Privé Technique Industrielle et Commerciale de Bobo Dioulasso (LPTIC)“ wurde vom Erziehungsministerium erteilt – wenn auch zunächst nur begrenzt auf die nächsten 3 Jahre und mit Auflagen zum Bau weiterer Werkstatt- und Schulungsräume. Die Einschulung hatte damit im

Baustoffe und Fachkräfte durch eine afrikanische Konferenz in Bobo Dioulasso im Dez. 2011 (es wurde ein ganzes Stadtviertel mit Luxusvillen für die Gäste errichtet), erneute Unruhen in Bobo Dioulasso mit Ausgangssperren, mangelnde Qualität von Baustahl und Zement aus China, mehrmalige Umstrukturierung und Neuordnung von Berufsbildern und Ausbildungs-

gängen durch die zuständigen Ministerien für Erziehung und für Arbeit – um nur einige der wichtigsten Schwierigkeiten zu benennen.

Aber nun hat die Schule den Betrieb aufgenommen: Das Schulmobiliar wurde vor Ort hergestellt, die

Werkstätten sind mit dem technischen Equipment aus Deutschland eingerichtet, in den Klassenräumen wurden die Schultafeln aus der südhessischen Region montiert, die PC sind vom Fraunhofer-Institut aus Darmstadt. Finanziert wird das 3-jährige Projekt vom Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ), von privaten Sponsoren und Stiftungen und dem lokalen Partner mit einem Gesamtbetrag von 293.200 €

Herbst 2012 begonnen, die 90 Plätze waren schnell mit aktuell 127 Schüler/innen, davon ca. 35% Mädchen, überbucht. Weitere befinden sich auf der Warteliste.

Schulleiter Sibiri Sanou hatte zeitweise fast nicht mehr an diesen Tag geglaubt, nach den vielen Schwierigkeiten, die das Projekt seit Beginn im Juni 2010 heimgesucht hatten: Eine schwierige Suche eines geeigneten Grundstücks in dem schnell wachsenden 500.000-Einwohner-Wirtschaftszentrum Bobo Dioulasso, Schließung des Hafens in Abidjan für Baumaterial und Container durch Unruhen an der Côte d'Ivoire, weitere Engpässe für



Unterrichtet wird nach dem französischen Schulsystem im beruflichen Bereich, welches an die 6. Klasse der Ecole Primaire mit einer 3-jährigen beruflichen Ausbildung mit Facharbeiterabschluss CAP (Certificat d'Aptitude Professionnelle) anschließt, darauf einen 2-jährigen Technikerabschluss „Brevet d'Enseignement Technique“ aufsetzt und danach mit einer 1-jährigen Weiterführung mit dem Baccalauréat Technique, also dem technischen Abitur, nach 12 Schuljahren abschließt. Das berufliche Bildungssystem ist grundsätzlich durchlässig, wer die verschiedenen Stufen erfolgreich absolviert hat prinzipiell eine Studienberechtigung, kann jedoch auch nach jedem abgeschlossenen Zwischenniveau ins Berufsleben wechseln.

Die Schulabschlüsse werden interna-





tional – vorzugsweise im frankophonen Raum - anerkannt.

Die berufliche Bildung beinhaltet praktisch-produktive Tätigkeiten in den Schulwerkstätten und zusätzlich noch Betriebspraktika während den Sommerferien. Am LPTIC wird in den Berufsbildern „Elektronik/Elektrotechnik“, „Kaufmännische Betriebswirtschaft“, sowie „Buchhaltung und Sekretariat“ ausgebildet. Im Vorgängerprojekt CAFOT („Centre d’Apprentissage et de Formation Technique») wurde beim gleichen Projektpartner ATSD das Berufsbild „Kfz-Technik“ eingerichtet, ca. 3 km entfernt vom LPTIC.

Die Schüler/innen tragen Schuluniform und müssen Schulgeld bezahlen (ab ca. 120 €/Jahr bis zu 185 €/Jahr je nach Abschluss). Der Unterricht beginnt morgens um Punkt 7 Uhr. Bis 5 min nach 7 Uhr wird noch eingelassen (mit Verwarnung), danach schließt das Tor endgültig. Mit 3 Std. Mittagspause geht der Unterricht dann bis 18 Uhr. Das Schulgeld ist staatlich geregelt und gilt auch für die staatlichen Berufsschulen. Dass trotz Schulgeld so ein hoher Andrang bei den beruflichen Schulen herrscht ist einerseits dem Umstand zu verdanken, dass die beruflichen Aussichten mit vergleichsweise gutem Einkommen für die Absolvent/innen recht gut sind und andererseits dem Umstand, dass es in Bobo Dioulasso nur noch

eine staatliche und ein oder zwei weitere private (gemeinnützige) Berufsschulen gibt. Die Klassenstärke beträgt am LPTIC 30 Schüler/innen pro Klasse, an anderen beruflichen Schulen können dies bis zu 60 Schüler/innen oder auch mehr sein (Allgemeinbildende Schulen haben Klassenstärken bis zu 120 Schüler/innen). Die Lehrkräfte arbeiten in der Regel mit einer 60%-Anstellung an den staatlichen Schulen und werden darüber hinaus an den privaten gemeinnützigen Berufsschulen mit einem Stundensatz von 2.500 FCFA (ca. 3,80 €/Std.) auf Honorarbasis beschäftigt. Damit entfällt die Beschäftigung für die Lehrkräfte in der unterrichtsfreien Zeit. Die Lehrkräfte müssen vom Erziehungsministerium zugelassen sein und über einen Hochschulabschluss verfügen.

Auf Grund des hohen Bedarfes und Auf Grund der Auflagen des Erziehungsministeriums wurde anlässlich unseres Besuches beschlossen, für die Schule eine weitere Ausbauphase zu planen. Hier sollen die Räumlichkeiten für die beruflichen Bereiche „Elektroinstallateur/in“, „Kältetechniker/in“, „Schneider/in“, „Friseur/in“ errichtet werden. Letztere beide Berufsbilder sind als einfache Berufe nicht im beruflichen Bildungssystem des Erziehungsministeriums enthalten, sondern werden vom Arbeitsministerium gefördert und richten sich an Mädchen und Jungen ohne jegliche Schul-

bildung, um auch diesen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. In Burkina Faso können nur ca. 25% der Bevölkerung lesen und schreiben (vor 35 Jahren waren dies sogar nur ca. 8%!). Ca. 75% haben also praktisch nie eine Schule besucht. Sehr viele Jugendliche sind deshalb ohne Schulbildung und leben arbeitslos in sehr prekären Verhältnissen.



Der Schulleiter ist deshalb zuversichtlich, zukünftig mit dieser Erweiterung der beruflichen Ausbildung eine wichtige Aufgabe für die arbeitslosen Jugendlichen in Bobo Dioulasso zu realisieren und benötigt hierfür weitere Unterstützung: Zur Fertigstellung der gegenwärtigen Projektbauphase und für die sich anschließende Ausbaustufe mit zusätzlichen Berufsbildern werden vor allem – neben Geldspenden - weitere **Kreide-Wandtafeln, PCs in gutem Zustand, Nähmaschinen für Ausbildungszwecke** und sonstige Werkstatteinrichtungen benötigt, um diese im Herbst diesen Jahres per Container nach Burkina Faso zu schicken. Auch wünschen sich die Projektpartner eine **Schulpartnerschaft mit einer (Berufs-)schule** in Deutschland!

Weitere Infos gibt es bei [www.werkhof-darmstadt.de](http://www.werkhof-darmstadt.de).

Wolfgang Jakob





## Die GEW fordert: Eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen in Deutschland

Eine gute Ausbildung, Arbeit und ein auskömmliches Einkommen sind Grundvoraussetzungen für die individuelle Entwicklung, für die eigenständige Existenzsicherung und die gesellschaftliche Teilhabe eines jeden Menschen. Daher sollen alle jungen Menschen nach Beendigung ihrer Schulzeit ein Recht auf einen Ausbildungsplatz mit einem anerkannten Berufsbildungsabschluss haben. Der Rechtsanspruch auf Bildung soll sich nicht nur auf den Besuch einer allgemein bildenden Schule und neuerdings auch einer Kindertageseinrichtung beschränken, sondern auch für die berufliche Erstausbildung gelten. Die schon seit mehreren Jahren hohe Zahl von jungen Menschen im Übergangsbereich und die mangelnde Perspektive auf einen Ausbildungsplatz sind ein zentrales gesellschaftliches Problem. Eine „abgehängte Generation“, die keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt findet, kann sich Deutschland vor

allem aus sozialen Gründen, aber auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der drohenden Fachkräftknappheit nicht erlauben.

### Warum ist eine Ausbildungsgarantie aus Sicht der GEW dringend notwendig?

Trotz guter Konjunktur und sinkender Bewerberzahlen finden viele Jugendliche nach ihrem Schulabschluss keinen betrieblichen Ausbildungsplatz und bleiben oft in zahlreichen Übergangsmaßnahmen ohne anerkannten Berufsausbildungsabschluss hängen. Der demografische Wandel und der drohende Fachkräftmangel bringen zwar leichte Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt, doch die Hoffnung, dass dadurch gerade Jugendlichen mit einem Hauptschulab-



schluss der Einstieg in eine betriebliche Ausbildung erleichtert wird, hat sich nicht erfüllt. Zwar steht eine betriebliche Ausbildung formal allen Jugendlichen – ganz unabhängig vom individuellen Schulabschluss – offen, in der Realität aber entscheiden die Betriebe über den Einstieg in das duale System. Sie konnten in den vergangenen Jahrzehnten auf Grund des Ausbildungsplatzmangels und der vielen Bewerber/innen eine „Bestenauslese“ vornehmen. So kommt der jüngste Nationale Bildungsbericht zu dem Ergebnis, dass es eine „faktische Abschottung“ von annähernd der Hälfte der Ausbildungsberufe für Jugendliche mit „niedrigem“ Schulabschluss gegeben hat.

### Konkrete Ausgangslage in Zahlen:

- ▶ Jeder Dritte von 824.626 institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die sich im Jahr 2012 beworben haben, hat keinen Ausbildungsplatz erhalten.
- ▶ 266.700 Jugendliche konnten 2012 nicht mit einer Ausbildung beginnen und befinden sich deshalb im so genannten „Übergangssystem“.
- ▶ Nur noch 21,7 Prozent der Betriebe bildet in Deutschland überhaupt noch aus.
- ▶ 1,39 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 20 und 29 Jahren und somit 14,1 Prozent dieser Altersgruppe sind ohne Berufsausbildung.
- ▶ 70 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bekamen im Jahr 2012 keinen betrieblichen Ausbildungsplatz.
- ▶ Über zwei Drittel aller Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss landen im so genannten „Übergangssystem“ und nicht in einer anerkannten Berufsausbildung.
- ▶ Die durchschnittliche Wartezeit nach der Beendigung der allgemein bildenden Schule bis zum Beginn einer Berufsausbildung liegt aktuell bei durchschnittlich 2 Jahren.

### Gute Gründe für eine Ausbildungsgarantie:

Eine Ausbildungsgarantie...

- ☞ stärkt das Recht jedes jungen Menschen auf eine angemessene Förderung und Bildung, unabhängig von indivi-

- ☞ dueller Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung setzt den Bund sowie die Länder in die Pflicht, jeder/m Jugendlichen einen vollwertigen und anerkannten Berufsausbildungsabschluss direkt nach Beendigung der Schulzeit anzubieten. Der Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung muss für alle Jugendlichen ohne unnötige Warteschleife möglich sein.
- ☞ verweist deutlich auf die Aufgaben und Pflichten der Betriebe, ein auswahlfähiges Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.
- ☞ vermeidet in der Zukunft die hohen Zahlen an Jugendlichen ohne Berufsausbildungsabschluss.
- ☞ strukturiert den Übergang zwischen Schule und Beruf mit entsprechender Förderung.
- ☞ trägt maßgeblich dazu bei, den von den Unternehmen beklagten Fachkräftemangel auf der Grundlage der demografischen Entwicklung zu beheben.
- ☞ leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung eines inklusiven Bildungssystems in Deutschland.
- ☞ schafft Voraussetzungen dafür, dass kein/e Jugendliche/r zwischen Schule und Arbeitswelt „verloren“ geht.

### Online-Petition für eine Ausbildungsgarantie:

Die GEW unterstützt mit ihrem [Gewerkschaftstagbeschluss vom 15. Juni 2013](#) neben der Landesschülervertretung Thüringen, der DGB Jugend, dem Landeselternbeirat Hessen und dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die online-Petition der Landesschülervertretungen Hessen zum Thema „Ausbildungsgarantie jetzt!“ und fordert alle gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland auf, sich für die Einführung einer Ausbildungsgarantie einzusetzen.

Wer sich konkret für eine Ausbildungsgarantie einsetzen möchte, kann die online-Petition unterzeichnen:

Zur Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildungsgarantie-jetzt>

## Ansprechpartner:

**Ansgar Klinger** Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW  
Leiter des Organisationsbereiches

**Arnfried Gläser** Referent des Organisationsbereiches Berufliche Bildung und Weiterbildung



# GEHEN ODER BLEIBEN?

## DAS SOZIALE ERBE AUS DER GASTARBEITER-ILLUSION

Wenn Menschen auswandern, dann haben sie zuvor eine folgenreiche, für ihre Biografie einschneidende Entscheidung getroffen. Sie haben sich entschieden, ihr Herkunftsland endgültig zu verlassen und in einem anderen Land ihr „Glück“ zu suchen. Entsprechend dieser Entscheidung treffen sie Vorkehrungen, um die Suche nach einem neuen „Glück“ erfolgreich werden zu lassen, beispielsweise erlernen sie die Sprache des Einwanderungslandes, beschäftigen sich mit seiner Kultur, interessieren sich für den Arbeitsmarkt und das Schulsystem, sofern sie schulpflichtige Kinder haben oder selbst noch schulische Abschlüsse anstreben.

Wie aber war das mit den sogenannten Gastarbeitern in der BRD? Sie wurden infolge des Wirtschaftsbooms der 1950er-Jahre zunächst aus den südlichen Nachbarländern und später auch aus der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und dem ehemaligen Jugoslawien angeworben. Der Anwerbung lag auf beiden Seiten die Vorstellung eines zeitlich begrenzten, vorübergehenden Aufenthalts zugrunde. Biografisch betrachtet, handelt es sich bei einer derartig konstruierten Lebensphase um einen selbst eingeleiteten biografischen Ausnahmezustand, den jemand zur Erreichung eines übergeordneten Ziels selbst initiiert. Das übergeordnete Ziel hieß häufig: In kurzer Zeit möglichst viel Geld zu sparen, um sich damit in der Heimat eine eigene Existenz aufbauen zu können. Nach dem Ausnahmezustand war der Übergang in den angestrebten Normalzustand geplant. Dieser sah die Rückkehr in die Heimat und dort das Leben mit und in der Familie vor. In der Entstehungsphase des biografischen Ausnahmezustands erlagen die Immigranten den Anreizen und Ver-

führungen eines Lebens im vermeintlichen Wohlstand. Schließlich sollte es sich nur um eine Zeitspanne von zwei oder drei Jahren handeln! Dementsprechend kamen zunächst vorwiegend junge Männer und Frauen, sie ließen ihre Familien in der Heimat zurück. Ihre Erwartung war, dass diese Zeit folgenlos sein würde, d. h. keinerlei Auswirkungen auf ihre Lebensführung und ihr soziales Werte- und Bezugssystem hätte. Doch die Erreichung des übergeordneten Handlungsziels war nicht einfach. Zu stark war die Sehnsucht nach der in der Heimat zurückgelassenen Familie, zu schwer war es, in kürzester Zeit so viel Geld zu sparen!

Als Reaktion auf all diese Unwägbarkeiten ließen viele „Gastarbeiter“ ihre Ehepartner/in und Kinder nachreisen. So kamen Schülerinnen und Schüler aus den Anwerbeländern in die Schulen. Sie saßen ohne jegliche Vorbereitung im deutschsprachigen Regelunterricht. Der kurzzeitige Arbeitsaufenthalt des Arbeiters entwickelte sich schleichend zum Langzeit-Aufenthalt oder zum unplanmäßigen Daueraufenthalt der Familie. Die Vorstellung des kurzfristigen Ausnahmezustands hat sich für beide Seiten als Illusion erwiesen. Besonders problematisch hierbei ist die Tatsache, dass die Entscheidung zum dauerhaften oder langfristigen Verbleib durch die „Gastarbeiter“ nicht bewusst getroffen wurde. Die meisten haben sich dem Verlauf der Dinge ergeben und der Ausnahmezustand hat sich unter der Hand zum Dauerzustand entwickelt. Die Menschen haben sich irgendwie mit der Realität ihrer Lebenswirklichkeit arrangiert. Allerdings haben viele den Traum von der endgültigen Heimkehr nie aufgegeben. In der heimatischen Atmosphäre der Familie träumen

sie immer noch den „Gastarbeiter-Traum“ von der Rückkehr in die Heimat und einem schönen Leben dort. Nur die Realität scheint ihren Traum immer wieder zu stören. Längst sind ihre Kinder erwachsen und haben bereits eigene Kinder, mitunter schon Enkelkinder. Viele der Enkelkinder sprechen nicht mehr die Muttersprache, wenn man das überhaupt noch so bezeichnen kann. Der Akkulturationsprozess hat heimatliche Traditionen erfasst, sie verändert, verweicht oder gar hiesigen Bräuchen angepasst und untergeordnet. Auch der jährliche Heimaturlaub wie er erstaunlicherweise noch in vielen „Gastarbeiter-Familien“ gepflegt wird, bildet schon lange nicht mehr den Jahreshöhepunkt. Hinzu kommen für manch einen recht schmerzhaft Degradierungserfahrungen während dieser Heimataufenthalte. So sprechen die Türken abwertend von den „Alamancis“, den „Deutschländern“, wenn die Nachkömmlinge ehemaliger „Gastarbeiter“ sich in der Heimat über Alltagsprobleme oder über den bürokratischen Aufwand in der ehemaligen Heimat aufregen. Zu groß ist der Sozialisations-einfluss des Lebens in Deutschland, um alles unhinterfragt akzeptieren zu können. Doch was ist mit dem Traum passiert? Und haben sie sich nun entschlossen, endgültig hier zu bleiben? Die einfache Frage: „Wo möchtest Du mal beerdigt werden?“ ist hier sehr aufschlussreich und verräterisch. Die meisten antworten darauf mit: „In der Heimat ...“. Und dieses Phänomen ist generationenübergreifend.

Eine aktive individuelle Entscheidung über den endgültigen Verbleib und damit die Aufgabe des Ausnahmezustands ist eine Grundvoraussetzung zur aktiven Lebensgestaltung in der Migration. Solange dieser Pro-

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche Schulen -Vorsitzendenteam -

### Layout:

Matthias Hohmann  
Email: [m.hohmann@gmx.net](mailto:m.hohmann@gmx.net)

### Redaktion:

Dieter Staudt  
Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •  
Email: [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de)

Ralf Becker  
Tel.: 06142 / 838880  
Email: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Auflage: 4600**

### Druckerei:

Druckkollektiv GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

zess der bewussten Entscheidungsfindung nicht abgeschlossen ist, kann das Leben in dem Zwischenstatus: Ausnahmezustand versus Normalzustand nicht oder nur schwerlich gelingen.

Die Frage, ob die Großfamilie sich vom „Gastarbeiter-Traum“ verabschiedet hat oder ihn weiterhin noch im Kollektiv träumt, bestimmt eklatant die Integrationsbemühungen der Einwander/innen. Nur wenn diese Entscheidung zur endgültigen Niederlassung getroffen wurde und sich die Migranten vom selbst eingeleiteten Ausnahmezustand verabschiedet haben, nur dann werden hinreichend Integrationsanstrengungen unternommen. Dann ist auch eine aktive, gelin-

gende Lebensplanung möglich. Wirkt der Traum allerdings als soziales Erbe aus den Zeiten der „Gastarbeiter“ nach, so verbleiben auch noch nach Jahren die Nachkömmlinge der „Gastarbeiter“ in der Übergangsphase des Ausnahmezustands. Die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit hat nur indirekt mit der Aufgabe des Lebens im Zwischenstatus – in der Unentschiedenheit des Provisoriums – zu tun. Der Übergang in einen anderen Staatsverband ist lediglich das Ergebnis zweckrationaler Erwägungen. Entscheidend ist der subjektive Bezug, die bewusste und entschiedene Konstruktion der eigenen biografischen Entwürfe.

*Dr. Turkan Kanbicak*

## DAS WISSEN WANDERT MIT EIN

### STUDIE Neubürger sind oft gebildeter und qualifizierter als Deutsche

BERLIN. Einwanderer in die Bundesrepublik haben laut einer Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung inzwischen ein höheres Bildungs- und Qualifikationsniveau als die deutsche Bevölkerung.

Demnach haben heute 43 Prozent der Zuwanderer zwischen 15 und 65 Jahren einen Meister, Hochschul- oder Technikerabschluss. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund gilt dies nur für 26 Prozent, heißt es in der Untersuchung.

Nach der Analyse des Arbeitsmarktforschers Herbert Brücker ist das Qualifikationsniveau der Zuwanderer seit dem Jahr 2000 stetig gestiegen. Das in der Öffentlichkeit immer noch existierende Bild, es kämen vor allem Gering qualifizierte aus dem Ausland nach Deutschland, stimme so nicht mehr, sagte Brücker, der Forschungsbereichsleiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg ist.

Er betonte, der Sozialstaat werde durch den Zuzug Qualifizierter nicht belastet. Vielmehr profitieren die Sozialkassen davon. Der Forscher widersprach auch der These, mehr Zuwanderung drücke das Lohnniveau. Ohne Einwanderung werde das Potenzial an Erwerbstätigen bis 2050 von heute 45 auf 27 Millionen Menschen sinken.

Die Stiftung plädiert daher für noch mehr Zuwanderung Qualifizierter. Vorstand Jörg Dräger warb für eine strategische Neuausrichtung der Einwanderungspolitik. Die Bundesrepublik dürfe sich nicht darauf verlassen, dass der Zuzug aus den südeuropäischen Krisenländern unvermindert anhalte. Deshalb müssten auch Nicht-EU-Staaten stärker in den Blick genommen werden. Dräger warb für eine „bessere Willkommens- und Anerkennungskultur“. Er verwies darauf, dass vier von zehn Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten, die 2009 in die Bundesrepublik gekommen seien, das Land bereits wieder verlassen hätten.

*dpa*

**DE 25.05.2013**

## Anekdoten aus Gesellenprüfungen

**Prüfer:** Wie viele Ecken hat ein Quadrat?

**Azubi** (nimmt den Taschenrechner): Sagen Sie mir die Höhe bitte!

**Prüfer:** Nennen Sie mir doch bitte drei Weltreligionen.

**Azubi:** Christentum, katholisch und evangelisch.



**Prüfer:** Wenn ein Artikel 85 Cent kostet, wie viele Artikel können Sie kaufen, wenn Ihnen 12 Euro zur Verfügung stehen?

**Azubi:** Ich würde eine Analyse machen.

**Prüfer:** Sie könnten aber auch einfach rechnen.

**Azubi:** Ich würde Angebot und Nachfrage analysieren, den Markt studieren und versuchen herauszufinden, wo ich den Artikel billiger bekomme.

**Prüfer:** Das ist ja alles gut und schön. Aber jetzt stellen Sie sich vor, Sie hätten das alles schon gemacht und hätten herausgefunden, dass der Artikel exakt für 85 Cent zu bekommen ist.

**Azubi:** Ich würde entweder warten, bis ich mehr Geld hätte oder bis der Artikel einen besseren Preis hat.

**Prüfer:** Warum machen Sie es sich so schwer.

**Azubi:** Weil 85 Cent nicht in 12 Euro passt.

**Prüfer:** Passt doch!

**Azubi:** Aber nicht wirklich!

## Aktenzeichen Amtsschimmel

„Der Tod stellt aus versorgungsrechtlicher Sicht die stärkste Form der Dienstunfähigkeit dar“

*(Aus dem Unterrichtsmaterial der Bundesverwaltung)*

### Hymnus auf die Bankiers

Erich Kästner

**D**er kann sich freuen, der die nicht kennt!  
Ihr fragt noch immer: Wen?  
Sie borgen sich Geld für fünf Prozent  
und leihen es weiter zu zehn.

**S**ie haben noch nie mit der Wimper gezuckt,  
Ihr Herz stand noch niemals still.  
Die Differenzen sind ihr Produkt.  
(Das kann man verstehn, wie man will.)

**I**hr Appetit ist bodenlos.  
Sie fressen Gott und die Welt.  
Sie säen nicht. Sie ernten bloß.  
Und schwängern ihr eignes Geld.

**S**ie sind die Hexer in Person  
und zaubern aus hohler Hand.  
Sie machen Gold am Telefon  
und Petroleum aus Sand.

**D**as Geld wird flüssig. Das Geld wird  
knapp.

Sie machen das ganz nach Bedarf.  
Und schneiden den andern die Hälse ab.  
Papier ist manchmal scharf.

**S**ie glauben den Regeln der Regeldetrie  
und glauben nicht recht an Gott.  
Sie haben nur eine Sympathie.  
Sie lieben das Geld. Und das Geld liebt sie.  
(Doch einmal macht jeder Bankrott!)

**Anmerkung:** Die Konsumenten sind die linke Hand des gesellschaftlichen Organismus, die Produzenten sind die rechte Hand. Die Bankiers sind die Heimlichkeiten zwischen den beiden.

*Wenn man liest, was Erich Kästner 1929 über Banker schrieb fragt man sich schon: Was würde der Mann heute zu Papier bringen?*

„Es ist nicht möglich, den Tod eines Steuerpflichtigen als `dauernde Berufsunfähigkeit` im Sinne von § 16 EStG zu werten“  
*(Urteil des Bundesfinanzhofs)*

„Besteht der Personalrat aus einer Person, so entfällt die Trennung nach Geschlechtern“  
*(Aus dem Personalvertretungsgesetz)*

„Ehefrauen, die ihren Mann erschießen, haben nach einer Entscheidung des BSG keinen Anspruch auf Witwenrente“  
*(Verbandsblatt des Bay. Einzelhandels)*

„Welches Kind erstes, zweites, drittes Kind usw. ist richtet sich nach dem Alter des Kindes“  
*(Bundesanstalt für Arbeit)*

„Eine einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt“  
*(Gesetz über die Anpassung von Versorgungsbezügen)*

„Der Wertsack ist ein Beutel, der auf Grund seiner besonderen Verwendung nicht Wertbeutel, sondern Wertsack genannt wird, weil sein Inhalt aus mehreren Wertbeuteln besteht, die in den Wertsack nicht verbeutel, sondern versackt werden.“  
*(Aus der Dichtkunst der ehemaligen Postverwaltung)*